

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelleile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **265300** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die Sozialpolitik im Jahre 1905.

Ein ungemein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns, ereignisreich besonders im Hinblick auf die weltgeschichtlichen Vorgänge, auf die man den Zeitgenossen gegenüber die Worte Goethes anwenden kann, die er am 2. September 1792 im Lager des Herzogs von Braunschweig nach der Schlacht von Valmy an die Offiziere der von der Armee der jungen französischen Republik besiegten Preußen und Österreicher richtete: „Bon hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ Sozusagen eröffnet wurde diese neue Epoche mit dem 22. Januar, da in Petersburg der verlorne Zarismus seine Soldateska auf 100000 friedlich und wehrlos demonstrierende Menschen hegte und Tausende, Männer, Frauen und Kinder, niedermetzeln ließ. Damit war die Revolution in Permanenz erklärt und beim Jahreswechsel liegt der Zarismus schwer verwundet am Boden, von dem er sich wohl nicht wieder ganz erholen wird. Mit dem Sturze des russischen Despotismus wird eine so große Tat vollbracht sein, wie sie nur noch in der großen französischen Revolution von 1789 von der Geschichte verzeichnet ist. Damit wird der Hort der europäischen Reaktion zerstört und die Möglichkeit geschaffen sein für die demokratische und soziale Politik in Rußland und in anderen Ländern.

Zur Kampfe der Reaktion gegen die revolutionäre und freiheitliche Volksbewegung hat auch das offizielle Deutschland einen „Sieg“ zu verzeichnen. Gegen Ende des Jahres erließ die Petersburger Regierung ein Antifreiheitsgesetz, dem die 1899 verscharrte deutsche Buchdruckvorlage als Vorbild gebietet hat. Das charakterisiert das „Land der Sozialreform“, das nach seinen „interessierten Lobhüblern“ auf diesem Gebiet an der Spitze marschiert.

Dieser „Erfolg“ in Rußland war auch der einzige, den das Deutsche Reich in 1905 auf dem Gebiet der Sozialpolitik errang. Ach ja, es lief auch sonst noch manches, das aber alles zusammen nur einen recht dürftigen und armseiligen Strauß bildet. Am 1. Januar traten die ersten Kaufmannsgerichte in Kraft, die ungemein rasch ihr Bedürfnis und ihre Existenzberechtigung erweisen. In zahlreichen Klagefällen wurde dargetan, welche nackte Willkür und Ausbeutungswut im kaufmännischen Gewerbe geübt wird, welche Rechtslosigkeit der Angestellten, welche elenden Arbeits- und Lohnverhältnisse hier bestehen. Im Rechte dieser kompromittierenden Enthüllungen begreift sich noch nachträglich sehr leicht der jahrelange Kampf des kaufmännischen Unternehmertums gegen die Schaffung besonderer Gerichte für ihr Gewerbe, die nun das „glänzende Glend“ der kaufmännischen Arbeiterschaft aller Welt offenbar machen.

Der deutsche Reichstag erlebte schon im ersten Monat des Jahres eine große sozialpolitische Debatte anlässlich des großen Streiks der Bergarbeiter im Ruhrbezirk, den die sozialdemokratische Fraktion in Form einer Interpellation zur Sprache brachte. Schon die Interpellation selbst enthielt die schwersten Vorwürfe gegen die Kohlenbarone, die den Arbeitern gegenüber weder Geseß noch Recht kennen. Die Anfrage begründete Genosse Güne in einer sehr sachlichen, beweiskräftigen, überzeugenden und eindrucksvollen Rede, während der Reichskanzler Bülow die Gelegenheit zu einer ihm nachgerade zum alltäglichen Bedürfnis gewordenen Sozialistenvernichtungsrede benutzte. Zu ihrem Vorteil unterschied sich davon die Rede des inzwischen „Ge“ gewordenen preussischen Handelsministers Möller, der sich mehr entgegenkommend zeigte und schließlich konstatierte, daß den Zeugenbesitzern eine geschlossene öffentliche Meinung gegenüberstehe und ihre stark ablehnende Haltung ein schwerer politischer Fehler sei, den sie möglichst bald rückgängig machen sollten. Sodann stellte er die Vorlagen über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und über die Arbeitskammern in Aussicht, die jedoch bis heute dem Reichstag noch nicht zugegangen sind.

Auch im preussischen Abgeordnetenhaus wurde über den Bergarbeiterstreik debattiert und hierbei von Möller ebenfalls die prozige Haltung der Kohlenbarone verurteilt.

Das gesetzgeberische Ergebnis des Bergarbeiterstreiks war das neue preussische Berggesetz, das eine Verabminderung der Forderungen der Bergarbeiter ist und das gegen den Jahresabschluss hin insofern klägliches Fiasko machte, als sich die Bergarbeiter von der Wahl der Ausschüsse, denen im preussischen Abgeordnetenhaus die reaktionären Arbeiterfeinde eine geradezu revolutionäre Bedeutung für die Sozialdemokratie beilegte, demonstrativ und konsequent fernblieben. Der raffinierte Coup Bülow's, den Bergarbeiterschutz dem Reichstag mit seiner Arbeitervertretung zu entreißen und ihn von dem Klassenparlament der Krant- und Schlotjunker, in dem kein einziger Sozialdemokrat sitzt, machen zu lassen, ist ja wohl gelungen, aber über die Bedeutungslosigkeit dieses „Siegess“ ist er sich nun wohl auch selbst klar. Dazu kommt noch, daß die Juchensbarone das neue Gesetz in einer solchen Weise handhaben und durchzuführen, daß die Arbeitsverhältnisse und das Außenwesen so heute nun schlechter sind als sie vorher waren. Es geht denn auch abermals in den Tiefen des Bergarbeitervolkes und gehört ein neuer Generalstreik im Ruhrbezirk nicht zu den Unmöglichkeiten. Die innere Politik Bülow's ist so kläglich wie seine äußere.

Ein Gesetz über die Zechenstilllegung, das in Preußen geschaffen wurde, hat mehr formelle als materielle Bedeutung und wird daher tatsächlich unwirksam bleiben.

Das preussische „Alh“-Herrnhaus mißbraucht die Behandlung des Berggesetzes zur Produktion einer scharfmascheriologischen zugunsten der Herren Streikbrecher und zur Entrechtung der echten Arbeiterschaft, und ferner erprekte es vom Bülow das Jugendschicksal,

daß er der Arbeiterschaft das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen rauben werde.

Das Budget für 1905 gab dem Reichstag Anlaß zu großen sozialpolitischen Debatten, in denen Graf Posadowski, der Minister für Sozialpolitik, recht schöne Worte von den berechtigten Ansprüchen des arbeitenden Volkes auf eine höhere Lebenshaltung sprach. „Wir wollen Sozialpolitik treiben, indem wir dem Arbeiter eine wirtschaftlich vollkommen gleichberechtigte Stellung mit allen anderen Erwerbsklassen einräumen, und wir wollen Sozialpolitik treiben, um dem Teile der Arbeiter, der im politischen und wirtschaftlichen Kampfe leider das Vertrauen zu der bürgerlichen Gesellschaft und der Regierung verloren hat, dieses Vertrauen zu der bürgerlichen Gesellschaft und der Regierung wieder zu erwerben.“ Es soll also nicht Sozialpolitik an sich, im Interesse der Arbeiterschaft getrieben werden, sondern zur Vernichtung der Sozialdemokratie. Aber dabei bleiben erjt noch die Laten aus, es bleibt immer nur bei den Worten. Die Annahme einer ganzen Anzahl sozialpolitischer Resolutionen war das Ergebnis der sozialpolitischen Debatten. Im November trat der Reichstag wieder zu einer neuen Session zusammen, aber mit Ausnahme der Vorlage zur Vernichtung der freien Hilfsklassen, die eine recht sonderbare „Sozialpolitik“ darstellt, ist dem Reichstag noch immer keine sozialpolitische Vorlage zugegangen. Dagegen hat Graf Posadowski schon wieder eine schöne Rede gehalten; er hat ganz zutreffend den bestehenden Klassen ihren tohen Materialismus, der in der unersättlichen Gewinn-, Hab- und Genußsucht zum Ausdruck gelangt, vorgehalten, und damit bei den Herrschenden in ein Weipenneß gestochen. Aber am Ende sind es eben doch nur Worte und keine positiven Laten. Arbeitskammern, Fehnhunderttag, Sicherung des Koalitionsrechtes, Bauarbeiterchutz u. f. w., reife Früchte für eine ernsthafte Sozialpolitik, bleiben immer noch unberührt. Die Sozialpolitik der Unfruchtbarkeit wird fortgeführt.

Von der Sozialpolitik der Einzelstaaten sei die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags auf Schaffung von Arbeiterkammern durch die Hamburger Bürgerschaft erwähnt. In Preußen trat die Regierung mit ihrer Kontraktbruchvorlage, durch die die Leibeigenschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter verewigt werden sollte, den Rückzug an. Ein sozialpolitischer Erfolg negativer Art. Etwas weiter ausgebaut wurde die preussische Fabrikinspektion durch Verwechlung der Beamten, deren nun insgesamt 181 funktionieren, eine an sich schöne Zahl, die jedoch noch lange nicht genügend ist. Einen Schachzug machte der preussische Handelsminister mit der Anregung, städtische Auskunftsstellen zu schaffen, um die sozialdemokratischen Arbeitersekretariate matt zu setzen. In Köln und Magdeburg ist der Wink auch verständnisvoll befolgt worden, doch auch diese neueste Art Sozialistenbekämpfung wird den gewünschten Erfolg nicht haben. Ein Bureaukrat und ein sozialdemokratischer Arbeitersekretär sind zwei so grundverschiedene Dinge, daß die Arbeiter keinen Augenblick darüber im Zweifel sind, wem sie den Vorzug geben sollen.

In Lübeck ist den Arbeitern das Wahlrecht geraubt worden, indem zwei Klasse geschaffen wurden, die eine mit Einkommen unter 2000 Mk. mit circa 7000 Wählern, die 15, und die andere mit Einkommen von über 2000 Mk. mit circa 2000 Wählern, die 90 Abgeordnete zu wählen haben. In Hamburg ist der gleiche Wahlrechtsraub im Gange, und das im Jahre der russischen Revolution, des Kampfes der russischen, österreichischen, ungarischen, italienischen, holländischen, sächsischen und bayerischen Arbeiter um die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes! Es ist doch wahr, daß die Regierungen in ihrem blinden Klassenhaß und Klassenkampf gegen die Arbeiter die Vorrevolutionen machen.

Die bayerische Regierung hat den Buchdrucker-Tarifvertrag anerkannt und in einem besonderen sozialpolitischen Erlaß die Schaffung von Tarifverträgen empfohlen, wogegen die Scharfmacher mit der gewohnten Gewaltpolitik Sturm liefen. Sie stellten auch die Eisenbahnwerkstätten unter die Kontrolle der Fabrikinspektoren und erfüllte damit eine alte berechtigte Forderung der Arbeiterschaft. Das bayerische Verkehrsministerium ist auch vorangegangen mit der Einführung des Fleusntunbentags in den Eisenbahnwerkstätten und seinem Vorgehen ist man rasch in Württemberg, Baden, Oldenburg und zuletzt auch in Preußen gefolgt, letzteres aber nur verjuchswelie, und zwar soll der Versuch in den Hauptwerkstätten Magdeburg-Budau, Frankfurt a. M., Potsdam und Posen gemacht werden.

In Württemberg sind vier Arbeiter als Vertreter der Arbeiterschaft in die Zentralstelle für Handel und Gewerbe berufen worden; der Beirat besteht aus insgesamt 31 Mitglieder.

Die sächsischen Eisenbahner haben eine „Lohnhöhung“ angekündigt erhalten. Der Anfangslohn für Bureau- und Stationsgehilfen soll auf 2,10 bis 2,80 Mk. (!), die Lohnhöhung auf 20 Pf. nach je zwei Dienstjahren festgesetzt werden, bis nach 25 Jahren mit 3,50 beziehungsweise 4,20 Mk. das Maximum erreicht ist! Sollte man solche jämmerliche Arbeitslöhne bei einem Staatsunternehmen auch nur für möglich halten? Leider sind sie furchtbare Wahrheit. Erwähnenswert ist die ebenfalls von Bayern ausgegangene endliche Berücksichtigung der Arbeiter als Schöffen, so daß sie nun hier Gleichberechtigung und Mitwirkung in der staatlichen Justizpflege erlangen. Lange genug hat die Klassenstaatliche Zurücksetzung und Entrechtung der Arbeiter gedauert.

Mit 1. Januar 1906 tritt die bundesrätliche Verordnung zum Schuze der Maler und Anstreicher gegen das Bleigift in Kraft.

Eine Reihe schätzenswerter Fortschritte wurden auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik gemacht. Es ist manches zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, zur Förderung der Sonntagssruhe, zur Fürsorge für die Säuglinge durch Wöchnerinnenheime und Abgabe gesunder Milch, durch Einführung der Achtkunden-schichten in den städtischen Gaswerken, durch Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter in den städtischen Betrieben durch Arbeitsverträge, Lohnhöhungen, Gewährung von be-

zahltem Ferienurlaub, durch Einführung der Alters-, Invaliden- und Witwenversicherung u. f. w. geschehen. Voran ging dabei die Stadt Mühlhausen i. G., wo die Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben. Der Mühlhäuser Gemeinderat bewilligte zum Beispiel 300 000 Mk. für den Bau von Arbeiterwohnungen.

Das Fazit ist also, daß manche kleine Verbesserung, mancher schätzenswerte Fortschritt gemacht wurde, daß aber die Reichsgesetzgebung wiederum, wie seit Jahren, völlig versagt hat. Hier ist vollständig Stillstand eingetreten.

Viele Verbesserungen wurden von der organisierten Arbeiterschaft selbst in Hunderten von Lohnkämpfen errungen und so eine tarifräftige Selbsthilfe gelebt. Davan konnten auch die zahlreichen Massenausperrungen nichts ändern. Die eingetretene empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung treibt die Arbeiterschaft mit aller Macht vorwärts, und noch stärker wird sie sich im neuen Jahre geltend machen, wenn die neuen Handelsverträge mit ihren tiefigen Zoll erhöhungen und entsprechender Verteuerung aller Waren in Kraft treten.

Das Jahr 1905 war ein außerordentlich reiches Kampfsjahr und wird im einzelnen noch näher zu würdigen sein, das Jahr 1906 wird voraussichtlich noch reicher an Kämpfen werden. Die Verantwortung dafür fällt auf die Schlot- und Krantjunker, die den Wuchertarif geschaffen haben.

Haushaltskosten im Jahre 1905.

A. C. Schon im Vorjahr waren die Ausgaben für die Ernährung höher als je in einem Jahre seit 1900. Bei den hohen Warenpreisen im nunmehr zu Ende gehenden Jahre ist zu vermuten, daß die Ausgaben für die Ernährung im Jahre 1905 ganz erheblich gewachsen sind. In der Tat wird diese Vermutung durch die monatlichen Berechnungen bestätigt, die die Berliner Halbmonatsschrift: Der Arbeitsmarkt seit 1898 allmonatlich über den Kostenaufwand für die wöchentliche Ernährung in verschiedenen Städten des Reiches macht. Als wöchentliche Bedarf an Lebensmitteln ist die Verpflegungstation des deutschen Marinefeldaten zugrunde gelegt. Diese Wochenration hält die Marineverwaltung zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaften für unumgänglich notwendig. Für den industriellen Arbeiter gibt es und kann es keine anerkannte einheitliche Normalkration geben, weil berufliche und territoriale Verschiedenheiten die Art der Ernährung sehr stark beeinflussen. Wenn daher die Ration des Marinefeldaten unterstellt wird, so geschieht dies nur in der Absicht, um vergleichbare Resultate zu gewinnen und die Bewegung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsaufwandes veranschaulichen zu können. Dem daß auf Grund der Veränderungen der Kosten, die für die Verpflegungstation des deutschen Marinefeldaten aufgewendet werden müssen, im großen und ganzen ohne weiteres auf eine Verteuerung oder eine Verbilligung der Volksernährung geschlossen werden kann, ergibt sich, wenn man ermägt, daß in der Verpflegungstation des Marinefeldaten alle wichtigen Volksernährungsmittel in einem recht guten Verhältnis vertreten sind. Nach den Speiserechnen besteht nämlich die wöchentliche Portion pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen aus:

Gramm	Gramm
800 Rindfleisch	300 Kartoffeln
750 Schweinefleisch	340 Zucker
800 Hammelfleisch	5250 Brot
150 Reis	455 Butter
300 Bohnen	106 Salz
300 Erbsen	105 Kaffee
500 Weizenmehl	21 Tee
200 Backpflaunen	0,1 Liter Essig.

Für eine viertypfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das Vierfache der Normalkration des Marinefeldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelquanten, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Markthallenpreisen unter Zuschlag einer fünfzehnpromzentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigsten Preise bekanntlich nicht die häufigsten sind. Versolgen wir für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München die gemachten Berechnungen vom Jahre 1900 ab, so ergibt sich, daß die Kosten der Ernährung im Durchschnitt sämtlicher Städte für eine Familie mit vier Köpfen betragen in Mark:

	1900	1901	1902	1903	1904	1905
pro Woche	20,44	20,56	20,72	21,15	21,29	21,98
= Jahr	1062,88	1069,12	1077,44	1099,80	1106,98	1142,96

Eine Familie, die für die nämlichen Nahrungsmittel gleicher Quantität und Qualität im Jahre 1900 1062,88 Mk. zu bezahlen hatte, mußte im Jahre 1905 80,08 Mk. mehr oder 1142,96 Mk. aufwenden. Es ergibt sich also eine Verteuerung von beinahe 8 Prozent gegen das Jahr 1900. Diese Steigerung des Kostenaufwandes für die Ernährung wirkt aber um so empfindlicher, als im allgemeinen das Einkommen der Arbeiter das Niveau des Jahres 1900 noch nicht wieder erreicht hat. Gegen 1904 ist die Steigerung im Vergleich zu den früheren Jahren geradezu sprunghaft. Sie beträgt jährlich rund 36 Mk., während die Steigerung in den vier Jahren 1901 bis 1904 zusammen 44 Mk., von 1900 als Ausgangspunkt genommen, beträgt. Die starke Steigerung der Haushaltskosten im Jahre 1905 resultiert in der Hauptsache aus den Preiserhöhungen für Fleisch.

Die Wahlrechtsbewegung in Sachsen.

Durch die sächsische Bevölkerung — soweit sie nicht zu den „besorreteten Ständen“ gehört — geht seit einiger Zeit eine tiefe und sehr begründete Erbitterung gegen das Dreiklassenwahlrecht zum sächsischen Landtag. In zahlreichen Protestversammlungen ist bereits dagegen demonstriert und das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gefordert worden.

Schon während der Demonstrationen am blutigen Sonntag (3. Dez.) wurde, wie die Sächsische Arbeiterzeitung bemerkte, der Ruf laut: „Jetzt kommt der politische Massenstreik!“ Es ist durchaus nicht zu verwundern, daß bei der sehr großen Popularität, die der Massenstreikgedanke in letzter Zeit erlangt hat, den sächsischen Arbeitern der Wunsch angestiegen ist, der politische Massenstreik möge nicht nur fortwährend theoretisch erörtert, sondern auch einmal praktisch ausgeführt werden.

Wir haben momentan keine Veranlassung, auf alle Einzelheiten der Ausführungen der Leipziger Volkszeitung einzugehen, sondern halten es für sehr notwendig, daß unsere Kollegen in Sachsen die darin enthaltene Mahnung zur Ruhe beherzigen. Gerade in einer Zeit wie der jetzigen ist es unbedingt notwendig, kaltes Blut zu bewahren und sich nicht von Hisskräften — einerseits, von welcher Seite sie kommen mögen — die Besonnenheit rauben zu lassen.

Die Arbeiterausschüsse.

Nicht dankbar dürfen wir dem glücklichen Geschick sein, das unserer Redaktion wieder ein Schriftstück auf den Tisch fliegen ließ, das uns einigermaßen Einblick gewährt, in welcher Weise sich die Unternehmer die Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber den Betriebsleitern denken. Ein Teil dieser Herren sieht unter bestimmten Voraussetzungen den Ausschüssen „sympathisch“ gegenüber, der andere Teil ist pessimistisch genug, von vornherein die Errichtung von Ausschüssen als tödend für die „Ruhe“ der Arbeiterschaft zu betrachten.

Technische Rundschau.

Dreierlei Ersparnisse haben die Richtung für die Entwicklung der Dampfkesselanlagen bestimmt: Kohlenersparnis, Arbeitersparnis, Raumersparnis. Erst den Leuten, da der Dampfkessel noch einen Teil der Dampfmaschine bildete, ist auf jedem der drei Gebiete unendlich geahndet worden. Ein Blick über die Fortschritte der letzten Jahre und Jahrzehnte wird zeigen, daß ihnen ein größerer Anteil an der ganzen, mehr als hundert Jahre alten Entwicklung der Dampferzeugungsanstalt gebührt, als es dem Zeitalterum entspricht würde.

Alter aus bekannten Gründen die „Besonnenheit“ repräsentieren. Bei dieser Voraussetzung würden sie ebenfalls geneigt sein, ein solches Dekorationsstück zu schaffen und ihm bei der Forderung einer Ventilation, eines Waschlüssels, der Anbringung einer Bogenlampe u. f. w. die Gedächtnis zu schenken. Dies sind auch die Grenzen, die der erstere Teil der Unternehmer den Ausschüssen in ihrer Tätigkeit gezogen wissen möchte.

Zunächst langjähriger Tätigkeit als Ausschussmitglied glaube ich so viel Erfahrung zu besitzen, ebenfalls meine Ansicht in der Sache zum Besten geben und klar legen zu können, wie ich mir die Tätigkeit eines Arbeiterausschusses denke. Bezüglich der Wahl ist von einigen Unternehmern empfohlen worden, die Betriebsleiter möchten sie so beeinflussen, daß ihnen durch einen oder mehr Vertreter Sitz und Stimme im Ausschuss gesichert wird, oder einen Mobus ausfindig machen, der dem Ausschuss der Fabrikkrankenkasse die Majorität darin sichert.

Grundbedingung bei der Auswahl der Vertreter ist nur, solche Kollegen in Betracht zu ziehen, die mit Vertrauensposten der Organisation bedacht sind, die sich durch besondere Pflege der Kollegialität auszeichnen und somit in einer hohen Achtung bei den übrigen Kollegen stehen; auch müssen diese tüchtig in ihrem Beruf und ihr Verhalten zur Fabrikordnung einwandfrei sein. Das letztere halte ich für notwendig, weil der Ausschuss bei seiner Tätigkeit sehr oft beauftragt wird, über schändliche Behandlung, ungerechte Verteilung der Arbeit, niedrige Akkordpreise u. f. w. Klage zu führen und infolgedessen von dem Vorarbeiter oder Werkmeister nicht mit besonderer freundlichen Augen betrachtet wird.

Ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß ein Arbeiterausschuss, der in der vor mir betonten Weise zusammengesetzt ist, noch einen Vorteil bietet, der bei ernstlichen Differenzen wohl beachtenswert ist. Bei solchen Anlässen besteht bekanntlich bei den „christlich“ organisierten und bei den Fürsorge des Bestrebens, sich möglichst viel Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu sichern, sie wollen wenigstens in den Kommissionen in einer Stärke vertreten sein, die in gar keinem Verhältnis steht zu ihrer beteiligten Mitgliederzahl.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß ich durchaus nicht der Meinung bin, daß überall in der angezeichneten Form ein Arbeiterausschuss fungieren kann; aber in dem Bereich, dem ich angehöre, haben wir durch Ausdauer es möglich gemacht, daß ein Arbeiterausschuss, so lange wir nicht die offizielle Anerkennung unserer Organisation erreichen können, wohl als Notbehelf gelten kann.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

In dem Kampfe, den die feindlichen christlichen Brüder, die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften, in so wenig christlicher Weise gegeneinander führen, war eine kleine Ruhepause eingetreten. Soeben hat die Zeitung der Zentrumspresse, der die christlichen Gewerkschaften protegiert, der Hoffnung Ausdruck, daß man endlich ein dauerndes, friedliches Nebeneinandergehen der beiden christlichen Organisationen sich anbahnen und dann die christliche Arbeiterbewegung einer größeren Aufschwung nehmen werde.

Wir können den Schmerz der Kluftenschieber der christlichen Gewerkschaften über diese bittere Enttäuschung ihrer schönen Hoffnungen, über diese Zusammenbrechen ihrer so langen Ausschüsse nachfühlen. Der Kampf der feindlichen christlichen Brüder, der namentlich in den hauptsächlichsten Stützpunkten der Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine, den Machtgebieten der beiden Bischöfe, Forum in der Rheinprovinz und Kopp in Schlesien, wieder entbrannt ist, wird mit solcher Heftigkeit und Erbitterung geführt, daß man fast annehmen könnte, die eingetretene kurze Ruhepause sei lediglich zur Sammlung neuer Kräfte und Kraftanstrengung benützt worden.

Der größte Teil der katholischen Geistlichkeit der beiden vorgenannten Gebiete hebt auf Seiten der Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine und greift, ebenso wie die in ihrer Mehrheit den gleichen Standpunkt teilende Zentrumspresse, in diesen Kampf der feindlichen christlichen Brüder sehr aktiv ein. Es mag die braven christlichen Gewerkschaften nicht wenig schmerzen, daß ihnen — trotzdem sie in letzter Zeit dem Unternehmertum gegenüber so sehr zahlm geworden sind, trotzdem sie sich von Lohnkämpfen, an deren Vorbereitung sie sich beteiligt hatten, zurückzogen, ja sich selbst nicht entblödeten, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen und den Streikbruch zu sanktionieren, trotzdem sie sogar ihre Gewerkschaftsbüros zu Streikbrecherbüros, die christlichen Gewerkschaften zur Streikbrecher- und Unternehmerhülftuppe machten —, von ihren christlichen Gegnern der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten unerfüllbare Forderungen, um urteillose Menschen an sich zu fesseln, seien Friedensstörer und Heher, daß man aber auch ihr Christentum nicht anerkennt und erklärt, sie seien Lauschechristen und benützen das Wort christlich lediglich als Deckmantel.

Im Saargebiet dreht sich der Kampf der christlichen Brüder namentlich um die Bergarbeiter. Der christliche Gewerksverein hat dort einen Bezirksleiter eingesetzt, der namentlich durch Kritik der dortigen Knappschaftsvereinspropaganda für den Gewerksverein zu machen sucht. Ihm tritt Kaplan Sasbach, ein frommer Parteigänger der Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine, in seiner St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung wie folgt entgegen: „Der Herr Pastor erklärt ohne Bedenken: Was die Bergwerksverwaltung noch so klar darlegen, daß eine Erhöhung der Pensionen ohne Erhöhung der Mitgliederbeiträge nicht möglich sei, dasichert uns nicht — der Saarbergmann lehnt es ab, noch mehr wie bisher zu bezahlen, fordert aber die Erhöhung der Pension. — Das ist der Standpunkt eines Mannes, welcher unerfüllbare Forderungen stellt, um urteillose Menschen an sich zu fesseln und um jeden, der den Vergleuten den richtigen Weg zur Erlangung des Erreichbaren zeigt, an den Pranger zu stellen als einen Friedensstörer.“

Der Herr Pastor stellt, und mancher Bergmann würde mir Beifall spenden. Aber wenn wäre damit gedient? Niemandem; das Endresultat davon würde sein, daß diese Forderungen abgelehnt und die entstandenen Hoffnungen enttäuscht würden, dadurch würde aber offenbar eine große Unzufriedenheit bei den Vergleuten verursacht. Ich verzichte auf solche Mittel, Bestall zu erzielen: ich begnüge mich damit, den Vergleuten vernünftige Ratschläge zu geben.“ In Schichten betonen sich die katholischen Fachabteilungen den christlichen Gewerkschaften gegenüber eben so offen zum Streikbruch, wie dies die letzteren, namentlich in Rheinland-Westfalen, den freien Gewerkschaften gegenüber getan haben; sie nennen die christlichen Gewerkschaften verkappte Sozialdemokraten. Der Kampf der feindlichen christlichen Brüder hat dort solche Formen angenommen, daß die kölnische Volkszeitung, ein noch etwas auf Abstand geltendes Zentrumsblatt, ganz ernsthaft ausruft: „So kann das nicht weiter gehen.“

Zur Propagierung der Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine werden derzeit neue Sekretäre „ausgebildet“. Ihrer Tätigkeit steht die kölnische Volkszeitung mit Furcht und Grauen entgegen. Das Blatt sagt: „Wenn die zum Januar eintretenden Sekretäre an Schimpf und Hagarbeit nur den vierten Teil desjenigen leisten, was der Sekretär Arbeitersekretär Bußl in Breslau in letzter Zeit geleistet hat, dann sind die Folgen unübersehbar. Viele Leser werden sich der heiligen Kämye erinnern, die im Juli dieses Jahres schon einmal zwischen christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen entbrannt waren. In einer von den christlichen

um 10 Prozent und mehr verringern. Heute gibt es bereits eine Anzahl von Überhitzungen, meist aus Stahlrohrröhren bestehend, durch die der Dampf gejagt wird, entweder in den Feuerzügen des Kessels liegend oder mit eigener Feuerung. Die älteren Patente in die andere Methode der Kohlenökonomie, die Speisewasserverwärmung. Ihre älteste Form gehört nicht in diese Betrachtung, die Vorwärmung des Wassers durch den Abdampf der Kesselröhren, denn uns interessiert hier die Ausnutzung der Feuerzüge, nicht des Dampfes. In England aber ist man schon vor Jahrzehnten daran gegangen, Kohlenbündel in den Rauchkanal vor den Schornstein zu legen, die, unipulst von den heißen, abziehenden Gasen, dem Speisewasser ein gut Teil der Wärme überleiten. Doch es zeigte sich, daß der Mangel, daß die Röhre zu rosten begannen, und eine dicke Kruste sich auf ihnen absetzte, wodurch die Wärmeleitung sehr sehr verminderte. Erst als Green jedes Rohr mit einer automatischen Abwaschanlage versah, festsetzte sich diese Vorwärmer durch. Die Green'sche Type ist seit Jahrzehnten in England in Gebrauch, in den letzten fünf oder zehn Jahren ist man auch in Deutschland zu ihrer Anwendung und auch zum Bau von Vorwärmlern ähnlicher Ausführung übergegangen. Ihr englischer Name, Cocozzifer, wird auch in Deutschland fast allgemein benützt. Je nach der Größe des Apparats ist die erzielte Kohlenersparnis verschieden. Sie kann bis zu 30 Prozent betragen, denn im das Wasser kochend die Temperatur des kochenden Wassers ist bei hohem Heizdruck 150 Grad Celsius und mehr, in den Kesseln ist demgegenüber meist nur 100 Grad Celsius. Diese Temperatur hat vornehmlich darin ihre Ursache, daß der Zug des Schornsteins den Widerstand der großen, in die Rauchkanäle eingesetzten Apparate nur schwer überwinden kann, und daß auch die Rauchgase zu tief abgekühlt werden, als daß der Zug noch hinreichend sein könnte. Dieses Hindernis

wird aber überwunden, wenn man mechanischen Kesselszug anwendet, das Schornsteinprinzip aufgibt. Darüber haben wir auch in einem anderen Zusammenhang zu sprechen. Auch der mechanische Kesselszug ist viel mehr in Amerika und England als in Deutschland eingebürgert. Ventilatoren, die entweder Luft unter die Kesseltasche blasen — Untervindgebläse — oder die den Kessel verlassenden Rauchgase absaugen — Sauggug — machen der Schornstein überflüssig. Völlig natürlich nicht; denn man kann die heißen Gase ja doch nicht auf Erdbodenhöhe entweichen lassen, sondern man muß sie in einem Rohr über die Dächer führen. Aber dieses Rohr — das freilich auch gemauert sein kann — hat jetzt keine andere Funktion zu erfüllen als die eben bezeichnete. Der Kesselszug wird durch den Ventilator erzeugt, kann unbegrenzt stark gemacht werden, den Widerstand der Economiser-Röhre überwindend und von der Temperatur der Rauchgase unabhängig. Der mechanische Kesselszug ermöglicht aber nicht nur große Economiser, sondern ermöglicht auch selbst eine beträchtliche Kohlenersparnis, viel größer als der Kraftaufwand für den Antrieb des Ventilators. Denn der gleiche Effekt erzielt werden, als bei Schornsteinzug mit geringeren Quantitäten guter. Da aber der Preis der Kohlenarten schneller sinkt als die Qualität, wird am Kohlenpreis gespart und außerdem an Raum, da der Ventilator mit seinem Rohr weniger Platz erfordert als der große Schornstein. Seitens in Amerika, dessen Anthracit sehr kräftigen Zug zur Verdrängung verlangt, ist der mechanische Kesselszug sehr verbreitet. Ein fünfzylinderiges Elektromotorwerk entfaltet seine Kräfte durch einen Ventilator. Auch in England bürgert er sich mehr und mehr ein. In Deutschland benutzte man ihn bisher nur in Notfällen. Am bekanntesten ist die Saugguganlage des Warenhauses Wertheim in Berlin. Die Kessel der elektrischen Zentralfstation dieses

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 31. Dezember der I. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Dezember 1905 bis 7. Januar 1906 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts gestattet:
Der Verwaltungsstelle **Nachen** ab 1. Januar 1906 pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Vielefeld** pro Woche 10 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Wochum** ab 1. Januar 1906 monatlich 10 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Gelsenkirchen** ab 1. Jan. 1906 pr. Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Salle** pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Heilbronn** ab 1. Jan. 1906 pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Kaiserlautern** pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Kienast i. Schw.** pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Rosenheim** ab 1. Jan. 1906 pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Schwarzenberg** pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Trier** ab 1. Januar 1906 pro Woche 5 Pf.;
der Verwaltungsstelle **Wurzen** pro Woche 5 Pf.
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden, nach § 3 Abs. 3 a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:**
Der Arbeiter Hermann Weing, geb. am 2. April 1878 zu Berlin, Buch-Nr. 684696, wegen Unterschlagung von Sammelgeldern.
- Auf Antrag der Einzelmilgliedschaft Dresden:**
Der Schlosser Josef Hoffmann, geb. am 18. Mai 1867 zu Breslau, Buch-Nr. 61470, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gevelsberg:**
Der Former Rudolf Köhler, geb. am 30. September 1874 zu Altenwürde, Buch-Nr. 595563, wegen unkollegialem Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:**
Der Dreher Max Schunert, geb. am 28. April 1870 zu Hamburg, Buch-Nr. 727934;
Der Schlosser Philipp Hammel, geboren am 25. Mai 1867 zu Auerbach, Buch-Nr. 359695;
Der Schlosser Adolf Mohwedder, geb. am 24. Januar 1854, zu Lübeck, Buch-Nr. 635095;
Der Schlosser Gustav Stobbe, geb. am 2. Oktober 1872 zu Hamburg, Buch-Nr. 892007;
Der Schlosser Heinrich Studt, geb. am 8. Juli 1872 zu Hamburg, Buch-Nr. 291352; sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in München:**
Der Eisendreher Wilhelm Kracher, geb. am 18. Februar 1882 zu Rosenheim, Buch-Nr. 834820;
Der Elektromonteur Hans Lederer, geb. am 27. (?) 1883 zu München, Buch-Nr. 722703;
Der Gürtler Heinrich Gaisler, geb. am 21. Februar 1885 zu München, Buch-Nr. 739238;
Der Heizer Johann Müller, geb. am 8. November 1857 zu Vöhring, Buch-Nr. 886422;
Der Hilfsmonteur Josef Lederer, geb. am 27. April 1879 zu Brachhausen, Buch-Nr. 722801;
Der Hilfsmonteur Josef Sitterer, geb. am 2. Juni 1884 zu München, Buch-Nr. 673829;
Der Zinklötter Ulrich Mayer, geb. am 3. Juli 1876 zu Gauting, Buch-Nr. 784707;
Der Zinklötter Karl Mohr, geb. am 14. März 1882 zu Nürnberg, Buch-Nr. 739605;
Der Maschinist Josef Raufauer, geb. am 18. Februar 1878 zu München, Buch-Nr. 886468;
Der Monteur Paul Angermann, geb. am 13. Januar 1881 zu Barenstein, Buch-Nr. 784791;
Der Monteur Frits Pfam, geb. am 21. November 1879 zu München, Buch-Nr. 834737;
Der Monteur Thaddäus Weimler, geb. am 14. Juni 1873 zu München, Buch-Nr. 674141;
Der Monteur Georg Buchauer, geb. am 26. August 1870 zu Frien, Buch-Nr. 776745;
Der Monteur Johann Eder, geb. am 30. Mai 1877 zu Oberwang, Buch-Nr. 835041;
Der Monteur Johann Ehartner, geb. am 4. März 1863 zu Nischen, Buch-Nr. 722678;
Der Monteur Ludwig Scheufner, geb. am 28. März 1868 zu München, Buch-Nr. 776865;
Der Monteur Thomas Schm, geb. am 3. Oktober 1869 zu Oberreitach, Buch-Nr. 835241;
Der Monteur Rilian Geyner, geb. am 23. August 1874 zu Gautingshofen, Buch-Nr. 285239;
Der Monteur Faver Kröll, geb. am 8. April 1880 zu Kasten, Buch-Nr. 673713;
Der Monteur Alois Lederer, geb. am 14. Mai 1865 zu Berghausen, Buch-Nr. 835092;
Der Monteur Anton Dikler, geb. am 24. April 1863 zu München, Buch-Nr. 768668;

- der Monteur Karl Schintowit, geb. am 12. August 1870 zu Müdingen, Buch-Nr. 723004;
der Monteur Johann Striegel, geb. am (?) zu (?) Buch-Nr. 785192;
der Monteur Andreas Wich, geb. am 22. April 1877 zu Kronach, Buch-Nr. 835159;
der Monteur Anton Wurbaum, geb. am 14. August 1870 zu München, Buch-Nr. 784877;
der Maschinenteiler Ludwig Grab, geb. am 5. (?) 1853 zu München, Buch-Nr. 739588;
der Maschinenteiler Jakob Schwab, geb. am 26. August 1852 zu München, Buch-Nr. 776821;
der Schlosser Franz Arnold, geb. am 7. Januar 1850 zu Augsburg, Buch-Nr. 768222;
der Schlosser Josef Oberlein, geb. am 30. Januar (?) zu Karlsruhe, Buch-Nr. 834911;
der Schlosser Michael Kraut, geb. am 10. Dezember 1864 zu Dachau, Buch-Nr. 739458;
der Schlosser Wenzel Wohl, geb. am 18. Juni 1861 zu Salschen, Buch-Nr. 674142;
der Schlosser Sebastian Sämmer, geb. am 19. Januar 1861 zu Dingolfing, Buch-Nr. 834772;
der Schlosser Johann Scheembach, geb. am 17. Oktober 1871 zu Gretzing, Buch-Nr. 769521;
der Schlosser Josef Schorer, geb. am 21. Oktober 1871 zu München, Buch-Nr. 834787;
der Schlosser Josef Stohwasser, geb. am 20. Februar 1873 zu Mariusgrün, Buch-Nr. (?);
der Schlosser Ernst Straub, geb. am 1. Januar 1869 zu Ulm, Buch-Nr. 722728;
der Schlosser Michael Weindler, geb. am 29. August 1863 zu Miltendorf, Buch-Nr. 784737;
der Schmied Christoph Holp, geb. am 7. August 1860 zu Trautskirchen, Buch-Nr. 765436;
der Schreiner Anton Risch, geb. am 13. Januar 1870 zu Kaldorf, Buch-Nr. 777045;
der Spengler Thomas Hofeneiter, geb. am 31. Dezember 1872 zu München, Buch-Nr. 835309;
der Spengler Josef Hagen, geb. am 12. Oktober 1865 zu München, Buch-Nr. 835086;
der Spengler Georg Leberinger, geb. am 9. November 1879 zu Passau, Buch-Nr. 835312;
der Spengler Christoph Jachelein, geb. am 14. Oktober 1887 zu Bruck, Buch-Nr. 835243; sämtlich wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nowawes-Neuendorf:**
Der Schlosser Alfred Brestawsky, geb. am 1. Juli 1878 zu Nowawes, Buch-Nr. 630459, wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Orlitz-Scharnberg:**
Der Former Paul Winder, geb. am 2. März 1881 zu Lorenzdorf, Buch-Nr. 829309, wegen Sozialistenschweiden und Betrug.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach:**
Die Tischlerei Babette Bauer, verchl. Adam, geb. am 17. Juni 1889 zu Schwabach, Buch-Nr. 160113; weg. Sperberbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Stuttgart:**
Der Tischler Eugen Kubale, geb. am 23. Dezember 1868 zu Bohnau, Buch-Nr. 820622.
- der Juhlaleiter David Staudenmaier, geb. am 16. Aug. 1874 zu Consee, Buch-Nr. 308225; beide wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Einzelmilgliedschaft Zittau:**
Die Arbeiterin Frieda Hoffmann, geb. am 30. Oktober 1884 zu Zittau, Buch-Nr. 615346;
die Arbeiterin Camilla Groß, geb. am 29. Oktober 1885 zu Zittau, Buch-Nr. 915318;
die Arbeiterin Franziska Groß, geb. am 14. November 1850 zu Zittau, Buch-Nr. 915319; sämtliche wegen Streikbruch.

Wir erhielten folgende **Verichtigung.** Es ist nicht wahr, daß ich wegen Preisdrückerei aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen wurde. Richard Dietrich, Dreher.
Diese Verichtigung bezieht sich auf die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 30. Durch eine Verichtigung wird aber an der Bekanntmachung des Vorstandes nichts geändert. Glaubt Dietrich zu Unrecht ausgeschlossen zu sein, dann kann er sich an die kompetentmässige Berufungsinstanz wenden. Die Redaktion.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:
Auf Antrag der Bezirksleitung im A. Bezirk:
Der Former Max Seidel, geb. am 19. Januar 1883 zu Kreisingen, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamm:
Der Schlosser Richard Frödrich, geb. am 1. November 1884 zu Greifenberg, fr. Buch-Nr. 663397, wegen Schwendelien und unkollegialem Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nachen:
Der Schornsteinrieger Ernst Benckert, geb. am 30. Mai 1869 zu Schilow, Buch-Nr. 419318, wegen Mitnahme eines wertvollen Buches aus der dortigen Bibliothek;

Zur Beachtung für alle — die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schide es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Schreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Auch müssen sämtliche Zuschriften mit dem großen Stempel der Verwaltungsstelle versehen sein. Wenn in den Zuschriften, die in die Zeitung aufgenommen werden sollen, Personen beschuldigt werden, so sind nicht Zeugen namhaft zu machen, die eventuell vor Gericht die Richtigkeit der Angaben bezeugen können. Zuschriften, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, können nicht berücksichtigt werden.

Gewerkschaften damals abgehaltenen Protestversammlung konnte Herr Bull den Zentralvorstand der christlichen Gewerkschaften, Schiffer, einen Katholiken nennen, ohne daß der anwesende Bezirkspräsident ein Wort des Bedauerns dafür hatte. Herr Bull bestreift freilich damals diese Äußerung, aber verschiedene geistliche Herren bezeugten sie. Am 7. November veranstalteten die christlichen Gewerkschaften eine Versammlung in Breslau. Herr Bull erschien wiederum und machte unter anderem folgende Äußerungen: für die katholischen Arbeiter seien die schlesischen Nachrichten (ein in Breslau erscheinendes Zentrumsorgan) so lange ungeeignet, als sie unter der jetzigen Redaktion ständen, die nicht auf katholischem Boden stehe. Die schlesischen Nachrichten nehmen nämlich auch hin und wieder Berichte über die christlichen Gewerkschaften auf. Er (Herr Bull) habe vorhin gerufen, Streit sei eine Sünde, und das sei er auch; in den meisten Fällen, auch wo die christlichen Gewerkschaften beteiligt gewesen seien, sei er sogar eine schwere, eine Todsünde.
Alles bisher Dargestellte hat Herr Bull, wie die Rblische Volkszeitung weiter schreibt, in einer am 29. November abgehaltenen Versammlung der Fachabteilung für Maurer und Bauhandwerker übertriften. „Was will das Wort christlich?“ so hat Herr Bull ausgeführt, „bei den christlichen Organisationen bedeutet, da sie doch dasselbe sind, wie die sozialdemokratischen? Die Prinzipien, sofern sie solche haben, die Art und Weise, wie sie arbeiten, ist bei beiden dieselbe. Die Statuten sind dieselben, nur der Wortlaut ist geändert. Die christlichen Gewerkschaften nehmen genau so hohe Beiträge und bieten ihren Mitgliedern genau so minimale Leistungen, wie die sozialdemokratischen. Was will das Wort christlich bedeuten? so frage ich nochmals, wenn die Arbeit dieselbe ist, wie bei den freien Gewerkschaften? Der christliche Verband übt genau denselben Terrorismus aus. Er hat ebenso, wie die freien Gewerkschaften, Bauten besetzt, auf denen nur Angehörige seines Verbandes zugelassen werden, und hieraus erklärt sich auch zum Teil die große Mitgliederzahl. Ist ein Mitglied des Zentralverbandes ohne Arbeit, so läßt es sich einfach umschreiben, um auf den von den Christlichen besetzten Bau zu gelangen. So geht es natürlich auch umgekehrt. Beide Gewerkschaften bilden einen Taubenschlag. Auf derartige Tauffeinkatholiken und Protestanten leiten wir gern Verzicht. Wir verlangen das religiöse Bekenntnis. Die christlichen Gewerkschaften benutzen das Wort „christlich“ als Deckmantel, um unter seinem Schutze dasselbe zu tun und zu erstreben, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Mit ihm wollen sie die Arbeiter fangen, das können sie nicht leugnen. Ich weiß es, ich gebe ihnen die Garantie, daß in den christlichen Gewerkschaften neun Zehntel der Mitglieder nicht ihre religiösen Pflichten erfüllen. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf demselben Boden, wie die Sozialdemokraten und nennen sich „christliche Gewerkschaften“, um die dummen katholischen und evangelischen Arbeiter fangen zu können.“

Wie die Breslauer Volkszeitung meldet, hat Herr Bull aber auch jetzt schon den Streikbruch der in der Fachabteilung organisierten baugewerblichen Arbeiter für nächstes Frühjahr angekündigt. Er sagte: „Wenn es nächstes Jahr in Baugewerbe zum Streit kommen sollte, so sei es Aufgabe der Arbeiter, nicht bloß Arbeitsfragen zu erörtern, oder nicht bloß die Interessen der Arbeiter ins Auge zu fassen, sondern zu bedenken, daß auch berufliche Interessen, Interessen der Arbeitgeber zu berücksichtigen sind.“
Diesen Teil der Bull'schen Rede verschweigt allerdings die Rblische Volkszeitung. Mit größter Entrüstung wendet sich das Blatt aber dagegen, daß Herr Bull die Religiösität der christlichen Gewerkschaften angezweifelt hat. Es handele sich um grenzenlose Beschimpfungen. Jeden wahren Freund der Arbeiter müsse tiefe Traurigkeit erfüllen, wenn er diese Herkennung der christlichen Arbeitersehe; wenn er sehe, wie die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften beschimpft und verleumdet, die gleichgültigen und schwankenden abgeschrieben, und dadurch dem katholischen Volke Wunden geschlagen würden, deren Folgen sich leider allzubald zeigen würden. Es muß, so schließt der Sammelartikel des Blattes, anders werden.

Das letztere sagen und hoffen wir auch, allerdings in wesentlich anderem Sinne wie das zitierte Zentrumsblatt. Wir hoffen, daß die freien Gewerkschaften bald derart erstarren, daß weder die Duerstreiber der einen wie der anderen Richtung der beiden feindlichen christlichen Brüder, noch die beiden zusammen auf die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft einen wesentlichen Einfluß ausüben vermögen. Die christlichen Arbeiterorganisationen beider Art sind für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und für die Lohnkämpfe der Arbeiter im besonderen nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Dafür bieten die Vorkommnisse der letzten Zeit überreichliche Beweise.

Ist's Nemezis, ist's Fronie des Schicksals? — Die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine bekämpfen die christlichen Gewerkschaften mit denselben Argumenten, die die letzteren gegen die freien Gewerkschaften anwenden. Die christlichen Gewerkschaften suchen dagegen nachzuweisen, wie überflüssig, ja schädlich die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine und ihr Verhalten für die Bestrebungen zur Besserstellung der Lage der Arbeiter sind. Da sie die Einigkeit und Geschlossenheit der christlichen Arbeiter fördern, durch die gegenseitige Verbeugung der Arbeiter jede Bestrebung der Arbeiterschaft zur Besserung ihrer Lage verhindern und sie damit schwer schädigen. Man braucht nur diesen an sich durchaus richtigen Gedanken in seinen Konsequenzen zu verfolgen, dann ergibt sich, daß die christlichen Gewerkschaften in ihren gegen die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine angewandten Argumenten auch den Nachweis erbringen, wie überflüssig, ja schädlich auch sie, die christlichen Gewerkschaften selbst, für die Bestrebungen zur Besserung der Lage der Arbeiter sind. Dies weist aufs neue den christlich organisierten Arbeitern gegenüber hervor, unter Betonung der Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, sollte unsererseits bei keiner Gelegenheit verkannt werden.

Riesengebäude sind nämlich unter dem Dache gelagert und da man darüber nicht noch einen hohen Schornstein errichten konnte, baute man einen Ventilator ein. Unentbehrlich ist auch in Deutschland der mechanische Zug auf den Schiffen, die ohne ihn überhaupt nicht genügend Zug bekommen könnten. Hier ist auch seine Eigenschaft, schnell Dampf aufzumachen zu können, von großem Vorteil. Doch bereitet sich vielleicht auch in Deutschland eine allgemeine Anwendung des künstlichen Kesselszugs vor. Der Schreiber dieses sah vor einiger Zeit ein Projekt der bekannten Kesselfabrik Steinmüller über eine Anlage, bestehend aus 32 großen Kesseln. Ein einziger, in der Mitte stehender Schornstein war vorgesehen, und in ihm bliesen einige Ventilatoren die Gase hinein.

Noch interessanter als das Prinzip der Kesselsparnis ist das der Arbeitersparnis im Dampfkesselbetrieb. Die Geschichtsschreibung des Dampfkessels ist fast vernachlässigt, wenn man der zahllosen Geschichtsbücher über die Dampfmaschine gedenkt. Immerhin, die Bestrebungen, die Hauptfunktion des Heizers, das Generieren eines vom Heizer regulierten Apparats zu übertragen, gehen mit ihren ersten Erfolgen auf viele Jahrzehnte zurück. Aber wie so vieles, ist auch dies durch die Entwicklung der elektrischen Generatoren sehr gefördert worden, und heute hat die mechanische Kesselerzeugung schon festen Fuß in der deutschen Industrie, und die Zahl der angewandten amerikanischen, englischen und deutschen Systeme ist fast so groß als die Zahl der Überhitzerysteme. In der Hauptstadt wird aber ein Kesselrost gebraucht mit gegliederten Stäben, die ein endloses Band um zwei Rollen langsam sich fortbewegen. Am vorderen Ende nehmen sie aus einem Hülfstrichter Kohle auf. Der Heizer ist zu einem überwachenden Maschinisten geworden, der die Geschwindigkeit des Kohles nach den jeweiligen Bedürfnissen des Betriebs zu regulieren hat, eine überwachungsarbeit, wie er sie schon früher und auch jetzt bei den automatischen Kesselspeisepumpen auszuüben hatte. Die schwierige Kunst des richtigen Feueres hat keinen

Wert mehr und die Zahl der notwendigen Heizer ist geringer. Hand in Hand damit geht die Einrichtung automatischen Kohlentransportes zum Kessel durch Krane und Behälterwerke und ähnliche Vorrichtungen zur Maschinenfabrik. Diesen Apparaten ist es zuzuschreiben, daß heute in den großen Elektrizitätswerken die schwere Handarbeit eine sehr geringe Rolle spielt.

Zum Schluß sei der Kesselsparnis gedacht. Großenteils ihrerthalben überwiegen heute Wasserkesselfessel die Großwasserkesselfessel. Die Kessel, die aus Grobblechzylindern von zwei Metern Durchmesser bestehen, nehmen so viel Raum in Anspruch, daß bei der heute notwendigen Dampferzeugung für zehn- und fünfzigtausend Pferdekraft in einem Raume, viele Betriebe überhaupt nicht möglich wären. Wo fände man im Reibe eines Riesendampfers Raum für 30 solcher Ungetüme? Wo in einem städtischen Elektrizitätswerk für 60? Hier hat der Wasserkesselfessel abgeholfen und tatsächlich ist seine Massenverbreitung erst mit der Entwicklung des modernen Schiffbaues und der elektrotechnischen Industrie gekommen.

Die drei großen Tendenzen der Entwicklung der Dampferzeugung, Kohlen-, Arbeit- und Kesselsparnis, haben das Kesselhaus in den letzten Jahrzehnten gründlich umgestaltet. Die Dampferzeugung für ein ziemlich stabiles Gebiet der Technik zu halten, wäre gänzlich fehlte. Niemals aber sollen wir eine Betrachtung über die Entwicklung der Technik schließen, ohne der furchtbaren Tatsache zu gedenken, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das Schicksal der Arbeiterernten an dem Schicksal technischer Systeme hängt, daß die gelehrte Arbeitskraft der Arbeiter mit ihnen in die Tiefe wandert. Jede technische Umwälzung, jeder technische und als solcher viel zu bewundernde Fortschritt bedeutet eine Umwälzung der Existenz der Arbeiter in den zu höherer Technik aufstrebenden Industrien.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dortmund:
Der Metallarbeiter Friedrich Boos, geb. am 22. Oktober 1874 zu Wanne, Buch-Nr. 788221, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken und Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Heilbronn:
Der Kupferschmied Johann Emmeneker, geb. am 26. Februar 1876 zu Stanz in Österreich, Buch-Nr. 788727, wegen Betrug;

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Potsdam:
Der Dreher Karl Müller, geb. am 18. April 1881 zu Hamburg, Buch-Nr. 885827, wegen Demütigung von Verbandskollegen und unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweidniz i. Schl.:
Der Feilenhauer Paul Oswald, geb. am 18. September 1884 zu Wilsenheim, Buch-Nr. 862047, wegen Schädigung der Verbandsinteressen und unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:
Der Mechaniker Moritz Weyer, geb. am 13. Febr. 1881 zu Stuttgart; der Mechaniker Hermann Ginderberger, geb. am 15. Juli 1878 zu München, beide wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwelm:
Der Schlosser Alexander Leichart, geb. am 1. März 1883 zu Zeitz, Buch-Nr. 874759, wegen dringenden Verdacht der Beschädigung seines Schlafkollegen.

Wieder aufgenommen wird:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Greiz:
Der Dreher Albin Meyer, geb. am 9. Mai 1887 zu Zella.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:
Der Schlosser Konrad Möchel, geb. am 17. Mai 1882 zu Betten.

Gevarnt wird:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Essen:
Vor dem Formner Karl Falken, wegen Logischwinderei.

Zurückgenommen wird:
Der in Nr. 47 der Metallarbeiter-Zeitung erfolgte Ausschluß der Beschneiderin Marie Schwandner, geb. am 30. März 1869 zu Nürnberg, Buch-Nr. 446393. Dagegen wird dem Mitglied für sein Verhalten in einer Verfassungsverammlung in Schwabach eine Rüge erteilt.

Verichtigung.

In Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung ist der Dreher Hermann Schöll, geboren am 26. Mai 1885 zu Ansbach, Buch-Nr. 867204, irrtümlich ausgeschlossen worden.
Von Ludwig Schäfer sind im November nicht 2400 Mk., sondern 2600 Mk. eingegangen.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Drehern, Formnern und Schlossern nach Norden D.;
- von Drehern, Brüdern, Gießern, Gürtlern, Monturen, Schleifern und Ziselreuren nach Lurg-Vogelsang, Ranton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.;
- von Drehern, Gießern, Gürtlern, Polierern, Schleifern und Ziselreuren nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Strani) M.;
- von Formnern, Eisengießerarbeitern und Kernmachern nach Waggelburg (Hoch, Wankelmann & Paulsch und G. Schulz, M.-Neustadt); nach Osnabrück (H. R. Dittmann); nach Penig (Maschinenfabrik A.-G.) D.; nach Plauen (Weyer & Jetsche) M.; nach St. Georgen (Eisengießerei St. Georgen) D.; nach Zangermünde (Hermann Wenig & Co.) St.; nach Vellert M.; nach Werrigerode (Süders) M.; nach Wittenberge (H. Kirchner) St.;
- von Schweißern nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägeanstalt Schwedt, Inh. W. Wolf) D.;
- von Gürtlern, Brüdern, Schleifern und Stanzern nach Erfurt-Flörsbühl (Kampfenfabrik Löbmann & Grimm) M.; nach Oberzell (Züringer Metallwarenfabrik);
- von Klempnern, Nischenballarbeiterinnen und Arbeiterinnen nach Braunschweig (Anger u. S. & Hugel) M.; nach Stuttgart (Gasmeßerfabrik Braun & Co.) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Waagen (Firma Bitter) St.; nach Wafel, Schweiz (besonders Maschinenfabrik Merg) St.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Burgflud bei Gernsheim (Stanzwerk Maschinenfabrik) St.; nach Wesselnburg (Armaturenfabrik Jul. Blanke & Co.) D.; nach Oberstein a. R. (Firma H. Hammel) D.; nach Hofst. (Neptun-Werk); nach Schwellingen (Meinhard & Maier, Maschinenfabrik) D.; nach Solingen; nach St. Laiffe, Schweiz, (Kantonsfabrik A.-G. vormalig Martini & Co.); nach Thun, Schweiz (Metallwerke Seloce) St.; nach Tüß bei Birkenthal (Maschinenfabrik Nieder & Co.); nach Werbau D.; nach Wetter a. b. R. (Zugschloßwerk, Schulte) M.; nach Wismar (Maschinenfabrik Maulf & Sohn) M.; nach Zwickau (Firma Bitter) M.;
- von Schlägereiarbeitern nach Solingen St.;
- von Schlossern nach Spremberg (Reparaturschleifer) D.; nach Stuttgart (Kunst- und Bauhölzerfabrik von Stäbler) D.; nach Zürich (Firma Kaiser-Wauer, Kaiser-Schwager, Schüppli-Schwager und Käster & Cie., Eisenw.) D.;
- von Schlossbauern nach Großsch. b. Leipzig;
- von Ziselreuren nach Stuttgart (Hafje & Hahn) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L. Lohnbewegung; A. Ausperrung; D. Differenzen; M. Makregelung; Mi. Mißstände; N. Lohn- oder Lohn-Reduktion; F. Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich nicht zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

darin wohl noch mehr. — Die Formner, die noch hier arbeiten, sind meist alte, verheiratete Kollegen; sie fangen morgens eine halbe Stunde vor Beginn der eigentlichen Arbeitszeit an, machen kurze Frühstückspausen und Mittagspausen, arbeiten also volle 12 Stunden und können es dabei nicht bis auf 4 Mk. bringen. Es ist traurig, daß sie noch nicht eingesehen haben, wie dringend nötig eine Verbesserung ihrer Verhältnisse ist.

St. Georgen. Von der Firma Hölzle, Galenjos & Co. erhielten wir unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes wieder ein längeres Schreiben, in dem zu den Bemerkungen in Nr. 50 folgendes Tatsächliche enthalten ist: In dem Artikel der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 47 wurde gesagt, daß sämtliche Formner und Kernmacher gekündigt haben, welches der Wahrheit nicht entspricht. Es arbeiteten zu dieser Zeit zwei Formner und ein Kernmacher; mehr wie einen Kernmacher hatten wir nicht. Den Tagelöhner, welchen wir anlernen wollten, betrachten wir nicht als Kernmacher. Betreffs Arbeitslöhne geben wir folgenden Auszug aus der Lohnliste. Der eine Formner, welcher ohne Kündigung ausgeschieden ist, verdiente vom 17. Juli bis 31. Oktober in 87 Arbeitstagen 468,92 Mk., macht pro Tag 5,38 Mk. (dieser beanspruchte bei seiner Einstellung nach seiner Leistung 4,50 bis 4,80 Mk.). Der zweite, welcher allerdings vierzehn Tage gekündigt hatte, jedoch die Kündigung zurückgenommen unter der Bedingung, wenn er 5 Mk. pro Tag verdiene, wieder zu bleiben, verdiente in der Zeit vom 26. Juni bis 31. November in 62 Arbeitstagen (derselbe war unter dieser Zeit auch krank) 832,60 Mk., macht pro Tag 5,27 Mk. Der dritte, welcher gekündigt hatte, verdiente in der Zeit vom 18. März 1905 bis 4. November 1905 in 206 Arbeitstagen 882,72 Mk., macht pro Tag 4,28 Mk. auf kleinerer Arbeit. Dieser Arbeiter äußerte sich bei seiner Einstellung, wenn er nur 4 Mk. verdiene, sei er wohl zufrieden. Der Abzug von den einzelnen angeführten Löhnen ist wohl dahin zurückzuführen, daß wir im Anfang die Geschäftseinstellung nicht befehen haben wie heute und wir deshalb früher größere Arbeitslöhne bezahlen mußten zu unserm Nachteil. Die Akkordpreise sind verhältnismäßig gestellt, daß ein Formner bei einigermaßen Leistungsfähigkeit auf 5 Mk. pro Tag zu stehen kommt. Die Arbeit, welche dem Formner angetragen wurde zu 4,50 Mk., wofür derselbe jedoch 7 Mk. beanspruchte, stellte Formnermeister Müller in einem Arbeitstag von 10 Stunden her, jedoch muß man noch in Betracht ziehen, daß Müller nebenbei als Meister noch anders die Zeit verwenden mußte. Der Arbeiter, welcher als Hausreißer tituliert wird, verdiente vom 19. September 1905 bis 28. November in 58 Arbeitstagen 261,09 Mk., macht pro Tag 4,33 Mk. Bei uns können die Arbeiter nach ihrer Leistungsfähigkeit verdienen. Formnermeister Müller wurde nicht abgesetzt, sondern er gönnte die Ausgabe der Modelle und Preisbestimmung einem anderen Teilhaber, damit dieselben auch einen Gewinn bekommen sollten, wie mit diesen Leuten zu schaffen ist. Unwahr ist, daß derjenige, welcher die Modelle ausgegeben, ein Tagelöhner ist. Derselbe kann zu jeder Zeit seiner Profession vorziehen. Was den Verdienst betrifft von minderwertigen Arbeitern, sind wir nicht in der Lage, über ihre Leistungen zu bezahlen.

Metallarbeiter.

Badapost. Die Metallwarenfabrik Union in Jolyom (Ungarn) sucht Walzwerks- und Eisenarbeiter in Österreich und Deutschland. Wir warnen die Kollegen allerorts vor der genannten Firma, denn sie zahlt Schwindlöhne bei Beanspruchung größter Leistung.

Düsseldorf. Christliches. Ab und zu sind wir gezwungen, uns mit unseren „Freunden“ aus dem St. Paulshaus zu beschäftigen. Die Angelegenheit ist hier bei uns, denn wir haben besseres zu tun. Nicht einmal auf jedes Gerücht im Tagesblatt oder sonstwo reagieren wir. Nur ab und zu müssen wir den Herrschaften auf die schmutzigen Finger klopfen. In der letzten Nummer des christlichen Verbandsorgans befindet sich unter der Überschrift: „Der andere eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ ein Artikel, in dem folgendes erzählt wird. Bei De Fries & Cie. in Oberkassel hätten die „Genossen“ Forderungen eingereicht, ohne die Kollegen vom christlichen Verband zu benachrichtigen. Die Firma habe natürlich alles abgelehnt. Dann seien sie, die Christen, allein vorgegangen und nun habe die Firma alles bewilligt. Die Führer des freien Verbandes hätten sich auf diese Weise unerbittlich blamiert u. s. w. Leider haben die braven Christen vergessen mitzuteilen, was denn das für Forderungen gewesen sind, die man ihnen bewilligt hat. Sie machen doch sonst immer einen reichen Sums, wenn es irgendwo gelungen ist, 2 Pf. Lohnerböschung herauszuschlagen. Also hätte, vielleicht in nächster Nummer? Sodann hat man vergessen anzugeben, wie groß denn die Kerntruppe ist, wonach man diesen Sieg errungen hat. Zum besseren Verständnis lassen wir die Tatsachen hier folgen. Die Gießerei bei De Fries & Cie. war eine Zeitlang eine christliche Domäne, zu zwei Dritteln christlich organisiert. Nach und nach verfiel sich das Verhältnis. Wir bekamen die Oberhand. Im Frühjahr dieses Jahres, als ebenfalls Differenzen ausgebrochen waren, wurden Broich (christlicher Lokalbeamter) vom christlichen Verband und unter Jäger vorstellig. Broich gebärdete sich später, als ob er allein derjenige sei, der die Interessen der Arbeiter gegenüber der Direktion vertreten habe. Auch bei anderen Gelegenheiten mußten wir die Erfahrung machen, das ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten mit Broich fast zu den Unmöglichkeitseigen gehörte. Anläßlich einer gemeinsamen christlichen Eingabe an dieselbe Firma kolportierte Broich das Gerücht, Kollege Jäger sei nicht imstande gewesen, eine Eingabe zu machen, die er, Broich, habe unterschreiben können. Zwei Vertretungsbedingungen mußten sich später mit der Mithilfe dieses christlichen Beschäftigten, wobei sich Broich jagen lassen mußte, daß er nach Wajschtrauemanter behandelt habe. Als bei der Firma N. & J. in der Gießerei unser Vertrauensmann gemeldet wurde, beschloß eine Vertretungsverammlung, in dieser Sache nichts zu unternehmen, weil der betreffende Kollege tatsächlich zu weit gegangen war. Was ist Broich? Er ging zum Formnermeister in die Wohnung und ersuchte ihn, zu veranlassen, den Kollegen wieder einzustellen. Warum? Um nachher jagen zu können: ich habe den Vertrauensmann des „freien“ Verbandes wieder in Arbeit gebracht, die freien Führer waren dazu zu schlapp. Allerdings schlug das Manöver fehl. In Versammlungen und in der Presse wurde von Broich behauptet, Jäger habe in Oberkassel in einer Fabrikversammlung von De Fries bestätigt, daß Gemoll in Essen gesagt habe: Ein Streik, der 14 Wochen dauert und verloren geht, ist mir lieber, wie einer, der zwei Wochen dauert und gewonnen wird, er, Jäger, sei derselben Ansicht. Da letzteres eine bloße Unwahrheit war, Jäger vielmehr versucht hatte, die Ansetzung Gemolls zu erklären, schickte er dem Tagesblatt eine Verichtigung nach § 11 des Preßgesetzes, die auch Aufnahme fand. Nun kam eine Gegenerklärung, mit einigen Unterschriften versehen, die bezeugte, daß Jäger die Ansetzung doch getan habe. Die Unterschriften waren gefälscht. Drei der angeblich Unterschrifteten Mitglieder des christlichen Verbandes, schickten dem Tagesblatt eine dahingehende Verichtigung, die auch Aufnahme fand. Leider können wir nicht behaupten, wer die Fälschung begangen hat, obwohl es sehr nahe liegt. Dieser letzte Fall kostete den Christen bei De Fries naturgemäß eine Anzahl Mitglieder, die zu uns übertraten. So hatte sich bei De Fries allmählich das Verhältnis derartig geändert, daß von 67 Formnern und Kernmachern 60 zu einem Verband angehörten. Ganz Tages wünschten diese nun eine Fabrikversammlung, um zu verschiedenen Umständen Stellung zu nehmen. Der Hauptpunkt war das Überhandnehmen. Zu der Versammlung waren auch einige „Christliche“ erschienen. Der Versammlungsleiter, Kollege Dausbach, forderte sie in höflicher Weise auf, das Lokal zu verlassen, wobei er unter anderem bemerkte: Nichts für ungut, wir haben auch einige interne Angelegenheiten zu erledigen. Auch war auf den Einladungszetteln bemerkt, daß es sich um eine Versammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes handelte. Das Dausbach die Christlichen aufgefordert hätte, entweder das Lokal zu verlassen oder überzureden, ist eine bewusste Unwahrheit, die der Artikel-schreiber wider besseres Wissen angeführt hat. Die Versammlung wählte eine Kommission, die beim Gießereibesitzer vorstellig wurde und Änderung des Lohnsystems, genügender Satzungs, Regelung des Hilfsarbeiterwesens und vor allem Einigen Satzungsänderung oder Befreiung der Überstunden verlangten. Einige Punkte wurden zugestanden, andere abgelehnt, hauptsächlich die Befreiung der

Überstunden wollte man nicht bewilligen. Darauf wurde beschlossen, beim Direktor vorstellig zu werden, mittlerweile aber wurde, weil der Ingenieur anscheinend versuchte, die Sache in die Länge zu ziehen, die Gießerei in der hiesigen Volkszeitung gesperrt. In diesem Stadium erschien Herr Broich auf der Wirtsfläche. Er hielt mit feinen sechs Gezeiten eine „Versammlung“ ab, zog seine Glacehandschuhe an, nahm die Visitenkarte zur Hand und wurde vorstellig. Daß er empfangen wurde, versteht sich am Bande. Ein Vertreter in der Not ist immer willkommen. Derselbe Ingenieur, der vorher erklärt hatte, er müsse auch die Gewißheit haben, daß sämtliche Arbeiter der Gießerei hinter den Forderungen stünden, soll jetzt mit einemmal so entgegenkommend gewesen sein, daß er die „Forderungen“ der „Sech“ bewilligte. Am 10. November bekamen wir Nachricht, daß der christliche Verband bei der Firma Salobi in Geislingen die Formner in einen Streik treiben wolle, um sie dann nach Düsseldorf-Oberkassel bei De Fries & Cie. in Arbeit zu bringen. Am 11. November war Geislinger Versammlung. Wir schickten die Kollegen Bergel und Dausbach, letzteren als „fremden Formner“, nach Geislingen. Dieselben konstatierten zunächst, daß unsere Vermutungen richtig waren. Der „christliche“ Bezirksleiter Döring trat für Arbeitsniederlegung ein mit dem Hinweis, daß in der Nähe von Düsseldorf circa 80 Formner zu guten Lohnsätzen Arbeit bekommen könnten. Allerdings wurde diese schöne Aussicht von Dausbach und Bergel gründlich durchkreuzt. Die beiden Kollegen führten die Heimeiser Formner über die schmähliche Rolle, die sie spielen sollten, auf und alle versprachen, nicht nach Düsseldorf zu gehen. Man muß hierbei in Betracht ziehen, daß bei De Fries ein Streik nicht ausbrechen war. Es bleibt also nur die Vermutung übrig, daß man einen solchen erst provozieren wollte, um dann die Stellen zu besetzen. Ein Schurkenstreik, wie er wohl bisher in der Arbeiterbewegung noch nicht zu verzeichnen war. Die Differenzen bei De Fries hatten mittlerweile ihre Gelebigung gefunden. Die Überstundenfrage hatten unsere Kollegen auf eine höchst einfache Art geregelt. Sie machten einfach keine mehr. Einmal wurde am schwarzen Brett bekannt gemacht: Heute Abend wird bis 8 Uhr gearbeitet. Unsere Kollegen merkten daraus, daß eine Probe aus Exemplar gemacht werden sollte. Um 7 Uhr verließen sie den Betrieb. Die Drohung, daß jeder, der um 7 Uhr den Betrieb verläßt, entlassen sei, vermochte nicht, auch nur einen wankelmütigen zu machen. Die sechs „Christen“ blieben im Betrieb. Sie machen nach wie vor Überstunden, soviel von ihnen verlangt werden, während unsere Kollegen um 7 Uhr nach Hause gehen. Uns kann's recht sein, wenn die Christen selbst bemüht sind, sich um den letzten Rest ihres Ansehens zu bringen. Die Firma hat sich längst mit den Verhältnissen abgefunden. Herr Direktor Tegeler vertritt selbst den Standpunkt, daß 10 Stunden Arbeitszeit genug sind. Die Rolle der Christlichen bei De Fries & Cie. dürfte ausgespielt sein, das Gelächel im Deutschen Metallarbeiter kann an dieser Tatsache nichts ändern. In der Versammlung, die die Christen einberufen haben und in der auch die Direktion vertreten war, hatten sich von den 400 Arbeitern des Werkes 18 eingeschrieben. Die Direktion hatte also Gelegenheit, sich von der Bedeutungslosigkeit ihrer Hilfs-truppen zu überzeugen. Wir können nur sagen, daß wir mit der Entwicklung der Dinge in diesem Falle, wie überhaupt hier am Orte, sehr zufrieden sind. Im Jahre 1902 auf dem christlichen Verbandstag in Köln gab Winter für Düsseldorf 409 Mitglieder des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes an. Jetzt, nach drei Jahren, wird in Nr. 22 des christlichen Verbandsorgans darüber gellagt, daß in Düsseldorf von 20000 Metallarbeitern nur vielleicht 300 bis 400 christlich organisiert sind. („Vielleicht 300 bis 400“ ist gut!) Dabei hat man seit drei Jahren „freigestellte“ Leute am Orte. Was müssen das für Jeldherren sein? Sie haben sich in den drei Jahren von 409 auf „vielleicht 300 bis 400“ heruntergesetzt, während wir uns in dieser Zeit von 800 auf 3200 hinaufblamiert haben. Es blamiert sich halt jeder, so gut wie er kann. Damit wollen wir's für heute genügen lassen. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten den Herren geraten, uns ungehörig zu lassen, weil wir zu jeder Zeit in der Lage sind, auf einen Schelmen anderthalbe zu setzen.

Gewelsberg. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Schleifereien. Es wird wohl kaum ein Beruf innerhalb unserer Verwaltungsstelle sein, in dem derartig traurige, ungenügende Verhältnisse existieren wie im Schleiferberuf, trotzdem dieser Beruf einer von denen ist, in dem schon in den achtziger Jahren sich die Arbeiter organisiert hatten (organisiert in einem lokalen „Schleiferverein“). Dieser Schleiferverein, der um die Jahre 1887 bis 1898 eine ziemlich Macht besaß, brachte es fertig, mit den hiesigen Schleiferberbeitern ein Preisverzeichnis zu veröffentlichen, auf das die jetzigen Schleifer stolz sein könnten, wenn es jetzt in der Zeit der hohen Lebensmittelpreise und Wohnungspreise noch Geltung hätte. Die hiesigen Schleifer sind in drei Gruppen zu teilen. Zur ersten Gruppe gehören die Hauerschleifer und Polierer, die auch zum Teil Hader u. s. w. fertig machen; die zweite Gruppe umfaßt die Herd- und Ofenschleifer und Polierer; die dritte Gruppe setzt sich aus den Schleifern zusammen, die in den einzelnen Schraubstock-, Schaufel- und Saubeschlagfabriken arbeiten. In der ersten Gruppe werden in Gewelsberg und Mißpe gegen 85 Schleifer und Polierer tätig sein, in der zweiten Gruppe werden es ungefähr 45 Schleifer und Polierer sein und in der dritten, der allgemeinen Industrie, noch circa 60 bis 70. Es ist das eine Gesamtzahl von circa 200 Schleifern und Polierern. Die Organisation hat sich nun der Nähe unterzogen, das „Organisationsverhältnis“ und die Zustände in den einzelnen Betrieben durch Fragebogen festzustellen. Es ergibt sich danach folgendes Bild. Organisiert sind in der ersten Gruppe 44 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 11 im Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein; in der zweiten Gruppe 30 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 2 im Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein; in der dritten Gruppe 14 im Deutschen Metallarbeiter-Verband und 8 im Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein. Es sind also in ganzen von den Schleifern und Polierern 55 Prozent organisiert; davon 45 Prozent im Deutschen Metallarbeiter-Verband und 10 Prozent im Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein. Am besten ist die Gruppe der Herd- und Ofenindustrie organisiert, über 67 Prozent. Die Arbeitszeit betrug für 88 Personen 11 Stunden pro Tag, für 80 Personen 10 1/2 Stunden und für die übrigen 10 Stunden. Zu dieser Arbeitszeit ist noch zu bemerken, daß Überstunden an der Tagesordnung sind, ganz besonders bei den „Hauerschleifern“. Der Durchschnittsverdienst wird von den Befragten auf 4,80 bis 5 Mk. den Tag angegeben. Es muß dazu bemerkt werden, daß unter den Schleifern, ganz besonders wieder bei den Hauerschleifern, eine vollständige Anarchie in puncto Entlohnung herrscht, es gibt Löhnungen, wo die Leute in 14 Tagen kaum 40 Mk. erhalten, dann wieder solche, wo sie 80, ja einzelne „Wölfe“ sogar 100 Mk. verdienen. Lohnabzüge sind deshalb an der Tagesordnung, die Unternehmer gehen mit ganz raffinierten Mitteln zu Werke. Die Arbeit wird eine Zeitlang zurückgehalten, die Folgen davon sind schlechte Löhnungen. Auf einmal kommt der Unternehmer und sagt: Ich kann eine Kommission Hauer von so und so viel tausend bekommen, aber — ihr müßt sie mir so viel billiger machen. Die Schleifer, die lange keine gute Lohnung mehr gehabt, gehen auf den Leim und der Lohnabzug ist fertig, der Unternehmer hat die „Schlauen“ Schleifer einmal wieder über den Köpfen barbiert. Damit noch nicht genug, geht der Unternehmer noch zu denen, wovon er weiß, daß sie nie genug kriegen können und sagt ihnen: Bis dahin müßt die Kommission fertig sein, P-sollten nur tüchtig drauf halten. Diese machen das und so ist das Zeichen zum wilden Konkurrenzkampf unter den Schleifern gegeben; morgens um 5 Uhr kriekern schon einige über die Padiaden, nur um sich genügend Hauer für den Tag zu sichern. Daß dabei nicht an die eigene Gesundheit, an keine Schutzvorrichtungen und Ventilator gedacht wird, ist etwas ganz selbstverständliches. Und so ist denn nur in 4 von den 20 Betrieben eine Ventilation vorhanden, in 6 Betrieben ist ein Ventilator vorhanden, aber er funktioniert nicht. In den übrigen Betrieben „geht es“, nach Ansicht der Schleifer, die ja keine hohen Ansprüche stellen. „Schuhböcke“ sind hier in keiner Schleiferei vorhanden. Selbst der Gewerbeinspektor gibt zu, daß es sehr traurig in den Schleifereien ausseht, aber unserer Ansicht nach nimmt er auf die Schleifereibesitzer, die von Jahr zu Jahr immer reicher werden, viel zu viel Rücksicht. Ein Teil der Schleifereien, besonders die, die an der Ennepe liegen, gleichen keiner Arbeit-

Korrespondenzen.

Formner.

Brate a. d. W. Wenn zwei daselbe tun u. s. w. In der Dfensfabrik von Tobias in Brate waren unser früherer Vertrauensmann G. und unser Schriftführer beschäftigt. Der erste ging den Herrn Direktor Gutsman zu Erlösung der Akkordfrage an; er verlangte für 100 Kilogramm 2 Pf. mehr. Das war ein bedeutendes Verlangen, denn die Akkordfrage ist so gestellt, daß bei einer 10stündigen Arbeitszeit im Durchschnitt bei äußerster Anstrengung nur 30 Pf. verdient werden können. Das Verlangen wurde aber rundweg abgelehnt und der Kollege M. entlassen. Unser Schriftführer A. ging bei Herrn Direktor darauf an, etwas bessere Arbeit zu erhalten, da er schon längere Zeit keine solche bekommen habe; das Resultat war: noch schlechtere Arbeit und dann Entlassung. Beide Kollegen sind jämmerlich. Darauf sagte der Direktor (seiner Frau's Heizermeister): „So, nun sind Sie ja wohl der letzte, der zu Verband ist, was haben Sie denn von Ihrem Verband? Da werden Sie ja doch nur Ihr Geld umsonst hinterher.“ Darauf erwiderte der Kollege M., der Direktor wäre ja ebenfalls in einem Verband und verschwendete

aber empfehlen, sich mit dem Bestehen unserer Organisation abzugeben und dem Zuge der Zeit folgend, bei etwaigen Differenzen nicht mit kleinlichen Mitteln zu operieren, sondern sich dazu zu verstehen, mit ihren Arbeitern, eventuell mit deren Vertretern zu unterhandeln, um so ein erprobtes Verhältnis herbeizuführen.

W. Gorkhusen, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Wartstein. Die freien Gewerkschaften haben es dem katholischen Vikar zu Wartstein angetan, es geht fast kein Sonntag vorüber, wo er nicht über den Deutschen Metallarbeiter-Verband herzieht. „Ihr Mütter, ihr Frauen,“ so ruft er von der Kanzel, „ihr müßt eure Söhne, eure Männer zu verhindern suchen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. Die Sozialdemokraten wollen euch die Religion rauben. Laßt sie doch dem christlichen Verband beitreten, wenn sie sich organisieren wollen.“ Dem guten Herrn möchten wir ernstlich raten, einmal die freien Gewerkschaften zu studieren; wenn er es ehrlich meint, wird er sich in Zukunft hüten, den Gläubigen zu sagen, die freien Gewerkschaften wollten den Arbeitern die Religion rauben. Die Wartsteiner Kollegen scheinen aber dem guten Herrn nicht recht zu glauben. Das beweist die gute Mitgliederversammlung, die am 10. Dezember stattfand, in der sich eine stattliche Zahl neuer Mitglieder aufnehmen ließ. Eigentlich können wir also nur wünschen, daß der gute Herr so weiter für uns agitieren möge, dann wird sich in der nächsten Versammlung die Zahl der Neuaufnahmen gewiß verdoppeln. Den Kollegen, die uns noch fernstehen, rufen wir zu: Wollt ihr eure Lage verbessern, wollt ihr bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, dann hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Das ist die einzige Organisation, die instande und gewillt ist, voll und ganz eure Interessen zu vertreten. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 1. Januar, abends 8 Uhr, bei Herrn Heinrich Böckler, verbunden mit Weihnachtsfeier, statt.

Schmiede.

Hamburg. In den letzten Nummern der Schmiedezeitung wurde das Thema: Industrieverband oder Branchenorganisation erörtert. Auch in einer hier am 10. Dezember abgehaltenen öffentlichen Schmiedeverammlung beschäftigte man sich damit. Das Hamburger Echo enthält darüber folgenden Bericht: Kollege Siering-Berlin referierte über die Lage der Schmiede im allgemeinen. In seinen Ausführungen beweist er, daß namentlich auch in den Großstädten die Schmiede noch in geradezu ganz erbärmlichen Arbeitsverhältnissen stehen. Zuvielstündige Arbeitszeit und Löhne von 16 bis 17 Mk. seien doch nichts seltenes, namentlich in den Verhältnissen für Eisenkonstruktion. Aber es sei auch kein Wunder, daß der Schmied sich noch in solchen elenden Verhältnissen wohl fände, wenn man bedenke, wie der Schmied schon in der Lehrzeit rote Knechtung und nicht selten Entbehrungen über sich ergehen lassen muß. Es sei haarsträubend, wenn man zum Beispiel im Osten unseres Vaterlandes die Höhlen und Baracken sieht, in denen Kollegen arbeiten und wohnen müssen, und in vielen Fällen noch mit einem Wochenlohn von sage und schreibe 2 bis 2,50 Mk. Und gerade diese an Not und Elend gewohnten Kollegen sucht man in den großen Städten mit Vorliebe, und gerade in Berlin, wo der Referent schon schwere Erfahrung gemacht habe, sei es die Firma Borjig, welche sich in allen möglichen Provinzgegenden Schmiede sucht, um sie nachher mit Hungerlöhnen von 12,50 Mk. an abzuspülen. Auch die Berliner Schmiedemeister mußten erst vom Gewerbeamt darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Schmied auch einen anständigen Lohn und sein Recht in bezug auf hygienische Verhältnisse zu verlangen habe. Er habe die Erfahrung gemacht, daß dort, wo die Schmiede sich gut organisiert hatten, auch gleich ganz andere Zustände herrschten. Die Organisation habe auch schon an verschiedenen Orten Vorteile für die Gesellen erlangt und feste annehmbare Tarifverträge abgeschlossen. Der Referent erörtert dann die Frage Branchenorganisation und Industrieverband. Er kommt zu dem Schluß, daß für den Schmied der Berufsverband der vorteilhafteste ist, und daß der Schmiedeverband, wenn er sich mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband verbandelt, seine Vorteile nicht verliert. Er wäre auch früher der Meinung gewesen, daß man sich verschließen müsse. Aber der letzte Berliner Streik in der Metallindustrie habe ihn von diesem Gedanken abgebracht. Es seien hauptsächlich drei Dinge, welche ihm Bedenken eingeflüßelt haben: das wären die Geldfrage, die mangelhafte Organisation und die Zerplitterung. Der Vorrede des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe erklärt, der Streik müsse wegen Geldmangels abgebrochen werden; dann wären 11 Gewerkschaften an dem Streik beteiligt, welche sich nicht immer gleich verständigen könnten und den beteiligten Mitgliedern hätte zum Teil die nötige Disziplin gefehlt. Siering schließt mit der Aufforderung, nicht die Mitgliederversammlung zu gebrauchen, um solche wichtige Fragen zu erörtern, sondern diese Sachen in der Generalversammlung zu erörtern. Wenn Mißstände in der Zeitung des Verbandes bestehen, so läßt sich Abhilfe schaffen. Das sei aber im Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen, denn da herrsche ein bürokratischer Geist. — In der Diskussion waren die meisten Redner mit dem ersten Teil der Rede des Referenten einverstanden, jedoch nicht mit dem letzten. Es wurden allerlei Gründe und Beweise erbracht, welche den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband erforderlich erscheinen lassen. Unter anderem wurden Vergleiche angeführt zwischen dem Schmiedeverband und Deutschen Metallarbeiter-Verband, welche den Mitgliedern des Schmiedeverbandes zu denken gaben. Laut Abrechnung von 1904 hatte an Mitgliederzunahme der Schmiedeverband 132; die Ausgabe für Agitation betrug beim Schmiedeverband 1524,93 Mk.; der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte eine Mitgliederzunahme von 38829 und eine Ausgabe für Agitation von 93277 Mk. Dem zufolge kostet jedes neuengewonnene Mitglied dem Schmiedeverband 5 Mk., dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 2,40 Mk. Die Ausgaben für Agitation betragen pro Kopf der Mitgliederzahl dem Schmiedeverband 1,27 Mk., dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 46 Pf.; die Zeitung pro Kopf dem Schmiedeverband 1,02 Mk., dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 71 Pf.; persönliche und sachliche Ausgaben dem Schmiedeverband 1,05 Mk., dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 46 Pf. Die sachlichen Ausgaben und Verwaltungskosten der Zeitungen betragen pro Kopf bei dem Schmiedeverband 2,79 Mk., dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 3,40 Mk. Für Streiks gab der Schmiedeverband 38561 Mk. aus, pro Mitglied 3,20 Mk., der Deutsche Metallarbeiter-Verband 129557 Mk. oder pro Mitglied 6 Mk. Im Jahre 1903 wurden vom Schmiedeverband nur 8973 Mk. oder pro Mitglied 1,01 Mk. ausgegeben, im Deutschen Metallarbeiter-Verband aber 120551 Mk. oder pro Mitglied 8 Mk. Auch wurde darauf hingewiesen, daß wir uns nicht mit den Bauern vergleichen können, weil da in jeder Branche eine einheitliche Organisation besteht. Wir Schmiede sind aber nicht einheitlich organisiert, weil ein Teil dem Schmiedeverband, ein anderer Teil dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehört. Hieraus erklärt sich, daß bei jeder Aktion im Interesse der Berufscollegen stets beide Verbände erst zusammenzutreten müssen. Das sei auch ein unhaltbarer Zustand, dem nur abgeholfen werden kann, wenn wir uns dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Hieran haben der Zentralvorstand lange das Wort und erklärt, daß der Schmiedeverband wohl in der Lage wäre die Interessen der Kollegen zu vertreten. Er wies darauf hin, daß im Osten Deutschlands und besonders in Königsberg durch die Agitation des Schmiedeverbandes sich unsere Kollegen organisiert und daraufhin die Metallarbeiter erst in verschiedenen Orten Fortschritte in ihrer Organisation erzielt hätten. Sollte eine Änderung eintreten, so wäre er für Grund und Boden einer Union; denn diese würde vorteilhafter für uns sein als ein Industrieverband. Kambo erklärt sich für eine Änderung des bestehenden Organisationsverhältnisses. Er ist zwar kein Gegner des Schmiedeverbandes, aber er möchte auch einer Union den Vorzug geben. Die anderen Redner, welche alle für den Industrieverband eintreten, geben der Meinung Ausdruck, daß das zünftliche Wesen unter den Schmieden keinen Zweck mehr habe. Diese müßten zu Massenbewegungen Arbeiter durch den Industrieverband erzogen werden. Hauptsächlich seien es die Angehörigen des Schmiedeverbandes, welche sich als Gegner des Industrieverbandes betra-

Troß alledem würde man doch versuchen, die Mitglieder des Schmiedeverbandes zu überzeugen, daß eine einheitliche Organisation mehr Wert hat, als die Zerplitterung in den einzelnen Berufen. Nachdem der Referent in seinem Schlusswort noch aufgefordert, dem Schmiedeverband treu zu bleiben, Mißstände könnten auf der im Frühjahr stattfindenden Generalversammlung abgeändert werden, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung bekennt, daß die Ausführungen des Kollegen Siering über die Lage der Schmiede durchaus den Tatsachen entsprechen. Die Versammlung erachtet es als heiligste Pflicht der gesamten Schmiede und Kesselschmiede, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Lage zu verbessern. Um dies Ziel zu erreichen, verpflichten die Kollegen sich, mit aller Energie unter den indifferenten Kollegen zu agitieren, damit diese der Organisation beitreten. Ferner erklärt die Versammlung, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, daß ein Teil der Schmiede und Kesselschmiede im Schmiedeverband, ein anderer Teil im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist. Als einzige und richtige Lösung betrachtet die Versammlung, daß Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angebahnt werden, damit die so sehr notwendige Einheit und Geschlossenheit herbeigeführt wird, welche bisher zum größten Schaden und Nachteil für unsere Berufsangehörigen gefehlt hat. Die Versammlung erwartet weiter, daß die Kollegen allerorts zu dieser Frage Stellung nehmen.“

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Interimskarten an Stelle von Mitgliedsbüchern sind bereits in verschiedenen Gewerkschaften eingeführt worden. Das gleiche geschieht am 1. Januar im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. An Stelle der bisherigen Mitgliedsbücher erhalten die neu eintretenden Mitglieder eine Mitgliedskarte ausgestellt. Diese Karte ist für die Dauer des ersten Mitgliedsjahres bestimmt. Wenn dann ein Mitglied ein Jahr dem Verband angehört und 52 Wochenbeitragsmarken in diese Karte eingelebt hat, dann muß das Mitglied diese Karte an den Bevollmächtigten der Zastelle (Einzelmitglieder an den Zentralvorstand) einliefern. Erst dann wird dem Mitglied ein Mitgliedsbuch unentgeltlich ausgestellt. Sobald das Mitglied diese Karte an den Bevollmächtigten eingeliefert und ein Mitgliedsbuch erhalten hat, ist der Bevollmächtigte verpflichtet, diese Karte mit der jeweils fälligen Abrechnung dem Vorstand einzuliefern. Motiviert wird diese Neuerung damit, daß erfahrungsgemäß die meisten Austritte und Ausschlüsse aus dem Verband während des ersten Mitgliedsjahres erfolgen. Gerade wie bei uns. Uns erscheint deswegen diese Neuerung nachahmenswert. Unser Verband könnte dadurch ein erhebliches Sümmchen ersparen, denn solange er nicht die überwiegende Mehrzahl der Metallarbeiter umfaßt, wird es noch viele Austritte und Ausschlüsse geben.

Gleich den Sabotarbeitern rühren sich jetzt die Brauereiarbeiter, um in Protestversammlungen gegen die geplante Mehrbelastung des Bieres Stellung zu nehmen.

Die dem „Alten“ (freien) Bergarbeiter-Verband angehörenden Bergarbeiter im Ruhrrevier hatten beschlossen, sich an den auf Grund der famosen neuen Arbeitsordnung ausgearbeiteten Arbeiterauschusswahl nicht zu beteiligen, weil ein auf solche Weise zustande gekommener Ausschuss unmöglich als Vertreter der Arbeiterkraft gelten kann. Anders dachte der christliche Verband, der natürlich glaubte, nun wieder einmal im Trüben fischen zu können. Der Ausschuss der Wahlen hat indessen gezeigt, welche Organisation den größten Einfluß auf die Arbeiterkraft ausübt. Nur ganz verwindende wenige haben sich an der Wahl beteiligt. So wurden auf der Zeche Neeflinghausen II mit einer Belegschaft von 3600 Mann ganze drei Stimmen abgegeben; auf der Zeche Freier Vogel gab von 1000 Mann ein einziger seine Stimme ab, und die war auch noch unglücklich. — Die Bergwerke der Revierinspektoren über die neue Arbeitsordnung ist durch das Oberbergamt abschlägig entschieden worden. — Die sachlichen Bergarbeiter haben durch ihre Lohnbewegung erzielt, daß den Arbeitern über 21 Jahren 25 Pf. und den Arbeitern unter 21 Jahren 15 Pf. pro Schicht als Teuerungszulage bewilligt wurde.

Die Tarifbewegung der Rotenarbeiter in Leipzig ist beendet. Es sind einige Vorteile errungen worden.

Daß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband ein guter Geist war, beweist der Umstand, daß von Konkurrenzorganisationen danach getrebt wird, diese Einrichtung nachzuahmen. Im christlichen Metallarbeiter-Verband ist die Einführung durch eine Urabstimmung beschlossen worden auf Grund von Bestimmungen, die von denen in unserem Verbandsrat so genau abgeschrieben sind. Ferner veröffentlicht der Vorstand des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen in Nr. 51 der Schmiede-Zeitung eine Vorlage betreffend die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, die der im nächsten Jahre tagenden Generalversammlung des Verbandes unterbreitet u. den soll.

§ 153.

Unser Kollege Schlegel in Breslau wurde vom Schöffengericht in Breslau zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Er soll durch „Abtrotzung eines Uebes“, den Goldschlitzereibesitzer Wronow zu bestimmten Verlust haben, „Verabredungen der Arbeiter bezugnehmend“. Mit Wronow war ein Tarif vereinbart worden, daß in dem Betrieb nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Wegen der Arbeitermisse hatte man mündlich verabredet, daß die Beschäftigten dem Verband angehören müßten, sobald sie eine gewisse Zeit im Betrieb gearbeitet hätten. Die örtliche Verwaltung machte einige Zeit darauf die Wahrnehmung, daß alle Arbeiterinnen dem Verband fernblieben; es mußte von irgend einer Seite ein Druck auf sie ausgeübt worden sein. Schlegel war darauf zu dem Unternehmer gegangen, und soll ihm nun, wie dieser als Zeuge angibt, mit einem Streik gedroht haben. Schlegel will indes vor einem Streik gar nicht geredet haben. Zwei Tage später hatten die Metallarbeiter ihre Kündigung eingereicht und nach vierzehn Tagen die Arbeit aufgegeben. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten im Sinne der Anklage für überfällig und beantragte zwei Wochen Gefängnis. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung; der § 153 könne nur Anwendung finden, wenn Arbeiter andere Arbeiter zu beeinflussen suchten und dabei die im genannten Paragraphen mit Strafe bedrohten Handlungen begingen. Außerdem habe es sich hier auch nicht um gültige Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt, was die alleinige Voraussetzung für die Anwendung dieses Paragraphen sei. Das Gericht war jedoch der Auffassung, daß der § 153 auch für diesen Fall passe, und verurteilte den Angeklagten nach dem bestrittenen Strafmaß. Die beantragte Strafe von zwei Wochen Gefängnis sei „angemessen“, wurde in der Urteilsbegründung noch besonders hervorgehoben.

Hirsch-Dundertiana.

In Nr. 48 berichtete der Regulator folgendes: „Kohrbach bei Heidelberg. Der vom Metallarbeiter-Verband imgenannte Streik hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet; es ist bezweifellos, daß jener Verband so oft unvorbereitet Streiks unternimmt, dadurch feiern die Unternehmer billige Triumphe.“

Der Regulator wurde darauf von unsern Kollegen Schneider in Mannheim am 4. Dezember folgendes geschrieben: „In Nr. 48 des Regulator bringen Sie von Kohrbach bei Heidelberg eine Notiz, die den Tatsachen nicht entspricht. Da ich an den Versammlungen sowie Kommunionssitzungen der beteiligten Organisationsvertreter teilgenommen, also über die Sachlage aufs genaueste informiert bin, ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Richtigstellungen: Es ist erwahrt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Kohrbach beziehungsweise Kirchheim bei Heidelberg einen Streik inszeniert hat. Wahr ist, daß Mitglieder des Zentralverbandes der Schmiede, ohne auf die Rat schläge ihres Gewerkschaftsleiters Ritter und meiner Person zu hören, plötzlich der Maßregelung eines ihrer Kollegen plötzlich in den Streik treten beziehungsweise die Arbeit nieder-

legten. Auch habe ich den in Frage kommenden Arbeitern von Anfang an erklärt, daß bei den vorhandenen Organisationsverhältnissen ein Vorgehen (Streik) der Arbeiter nicht von Erfolg sein könne. Wahr ist ferner, daß bei der Eilung der Organisationsvertreter anwesende Vertreter der Hirsch-Dundertiana Gewerkschaften, Gauleiter Walzer aus Karlsruhe, eine Arbeitsniederlegung den Arbeitern völlig überlassen wollte, somit einem Streik das Wort redete, während die übrigen zwei Vertreter der Hirsch-Dundertiana Gewerkschaften sich auf den Standpunkt der freien Gewerkschaften stellten, daß die Arbeiter unter allen Umständen von einem vollständig aussichtslosen Streik zurückgehalten seien. Herr Walzer ließ erst dann von seinem radikalen Standpunkt ab, als er hörte, daß bereits die Laktierer (welche in übergroßer Mehrzahl Hirsch-Dundertiana Gewerkschaften sind) unter sich beschlossen hätten, daß sie sich an einem eventuellen Streik nicht beteiligen würden. Dieses hat auch ihr Vertreter Pfeil öffentlich in der Versammlung berichtet. Hr. Schneider, Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.“

Was machte nun der Regulator aus dieser Richtigstellung? In seiner Nr. 50 ist zu lesen:

„Eine Berichtigung. Der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Mannheim, sendet uns eine Berichtigung, die Dinge berichtet, die wir gar nicht erwähten. Das einzige, was als Berichtigung aufgefaßt werden kann, ist folgendes: wir schreiben: „Der vom Metallarbeiter-Verband inszenierte Streik (Kohrbach bei Heidelberg) hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet und haben unsere Bedauern darüber ausgesprochen, weil jener Verband so oft unvorbereitet Streiks unternimmt. Dazu bemerkt Herr Schneider-Mannheim: „Es ist unwahr, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Kohrbach beziehungsweise Kirchheim bei Heidelberg einen Streik inszeniert hat. Wahr ist, daß Mitglieder des Zentralverbandes der Schmiede, ohne auf die Rat schläge ihres Gewerkschaftsleiters Ritter und meiner Person zu hören... plötzlich in den Streik treten beziehungsweise die Arbeit niederlegten.“ Es war also, nach Aussage Schneiders, der Schmiedeverband. Mangelhafte Erziehung, Kollege Schneider!“

Der Regulator deutet also den Mantel der christlichen Liebe über sein Erziehungsprodukt, den „radikalen“ Herrn Walzer, indem er den wesentlichsten Teil der Richtigstellung, der die Sägenachricht des edlen Hirschblates erst ins richtige Licht setzt, unterschlägt. Ein solches Verfahren verrät noch mehr als nur „mangelhafte Erziehung“.

In Nr. 50 bringt der Regulator auch folgende Notiz aus Magdeburg:

„Moderne Folter. Vor uns liegt folgende Postkarte: Herr Karl Bessler! Aus Ihrem Briefe entnehme ich, daß Sie die Absicht haben, den von mir genannten Kollegen zu denunzieren. Ich warne Sie vor diesem Schritt, da es mein freier Wille ist, aus dem Gewerkschaftverein auszuscheiden und ich durch niemand dazu gezwungen bin. Die Ihnen vom Kollegen Hoggemann gemachten Mitteilungen können daher nur auf einem Irrtum beruhen. Otto Friedrich.“

Sooo! also ganz freiwillig? Es klang nämlich ebendam ganz anders, als dieser arme Kollege seinem Freunde klagte, er könne es nicht mehr aushalten in der Werkstatt seitens der Verbändler, er müsse aus dem Gewerkschaftverein. Wir sagten: „Armer Kollege! denn, was soll man sagen, wenn man sehen muß, wie der Sklave seine eigenen Ketten löst: Arm oder feig.“

Dazu wird uns geschrieben: Die Notiz ist ein weiterer Beweis dafür, wie die Gesellschaft Mißfasetten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erfindet, um ihn anpöbeln zu können. Wie liegt die Geschichte? Die hiesige Zeitung des Gewerkschaftsvereins hat sich im Laufe dieses Jahres förmlich förmlich über die Einheiten und Verdräner der Arbeiterbewegung. Kein Wunder deshalb, wenn Kollegen, die auch nur halbwegs das Wesen der Arbeiterbewegung begriffen haben, dieser auch-Arbeiterorganisation den Rücken kehren. So meldete sich auch Friedrich ab, erhielt aber, nachdem er gefragt worden war, wie der Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in seiner Werkstatt heiße, einen Brief von Bessler, in dem dieser wörtlich schreibt: „Zahlen Sie vorerst keine Beiträge an den Metallarbeiter-Verband. Ich kann Ihnen versprechen, daß Sie vor dem Manne Ruhe haben werden.“ Bessler hatte nicht zuviel versprochen, denn einige Tage später lag der Werkstattvertrauensmann, der sieben Jahre in der Fabrik beschäftigt war, auf dem Straßenpflaster. Jeder anständige Mann wird für diese Handlung der Hirsche nur ein Pfui haben. Bessler dagegen brüht sich noch damit im Regulator. Es gibt eben Menschen, die jedes Gefühl dafür verloren haben, welche erbärmliche Rolle sie spielen.

Von der vollen Kompottschüssel.

Der Arbeiter G., der 24 Jahre in der Buchhandlung von Leon & Saunir in Elbing beschäftigt gewesen ist, wurde mit folgendem Zeugnis entlassen:

Elbing, den 11. November 1905.

G. war bis zum heutigen Tage in meinem Geschäft als Ansträger tätig. Er trat in meine Firma am 19. September 1881 ein und ist seitdem ununterbrochen in meinem Hause gewesen. Zeugnisse von den früheren Chefs, denen ich mich anschließen, liegen vor und befinden sich in meinem Besitz. Ich habe u. S. entlassen, weil ich junge Kräfte gebrauche, die viel herumzulassen haben, und weil er den Anforderungen, die ich an ihn stellen muß, nicht mehr vollkommen genügt. Eine etwas leichtere Stellung würde er vollkommen ausfüllen, zumal er eine schöne Handschrift schreibt und im Umgang mit gebildetem Publikum gut zu gebrauchen ist. Ich wünsche ihm für die fernere Zeit alles Gute.

In Firma: Karl Reicher. Der letzte Satz ist eine arge Verhöhnung des alten Arbeiters. Wo soll er jetzt im Winter hin? Es stehen genug junge Arbeitskräfte zur Verfügung, alten wird die Dürre gemessen. Nach einer vierundzwanzigjährigen Tätigkeit muß der Arbeiter ins Elend wandern. Das ist kein Weihnachtsgeschenk. Besser kann die volle Kompottschüssel nicht illustriert werden.

Ein drahtliches Beispiel von der Art und Weise, wie sich manche Arbeiterfamilie durchschlagen muß, führt der Gewerbeinspektor für Bremen in seinem Bericht an Reichsarbeitsblatt 1905, Nr. 11, S. 950. Er teilt dort folgendes mit:

„Der nachstehende Haushaltsplan einer achtköpfigen Arbeiterfamilie, dem sich viele gleichartige anreihen lassen, gestattet den Vergleich eines Wochenverdienstes von 20 bis 22 Mk. mit dem diesem gegenüberstehenden Ausgaben: Brot 6 Mk., Mittagessen 5 Mk., Zehr- und Fahrgehalt für den Mann 2 Mk., Kaffee 40 Pf., Hocken 15 Pf., Petroleum 22 Pf., Karloffeln 1 Mk., Margarine 2,40 Mk., Schmalz 1,20 Mk., Auflage für den Mann 60 Pf., zusammen 18,97 Mk.“

Für alle übrigen Ausgaben, als Miete, Kleidung, Wäsche u. s. w., stehen demnach noch 1 bis 3 Mk. zur Verfügung. Wohnt die Familie außerhalb der Stadt und verfügt wie im vorliegenden Falle über etwas Gartenland, das die Frau mit den größeren Kindern bearbeiten kann, so ist es gerade möglich, die ersten von der gewerblichen Mitarbeit fern zu halten. Wo vorstehende Bedingungen nicht erfüllt sind, da machen sich in minderbemittelten Volksklassen Bestrebungen bemerkbar, die darauf hincielen, die Verhältnisse durch auch auf andere Weise als durch direkte Arbeitsleistungen zu verbessern.“

Dazu bemerkt das Reichsarbeitsblatt: „Der Beamte weiß mit dieser Anbeutung darauf hin, daß in Bremen ein großer Teil der Arbeiter mit dem bloßen Arbeitsverdienst nicht auskommen kann, sondern genötigt ist, seine Wohnung mit familienfremden Hausgenossen, Untermietern, Schlafgängern, Holzkundern u. s. w. zu teilen, um sich einen Nebenverdienst zu schaffen.“

Also fünf Mark wöchentlich kann diese achtköpfige Familie für Mitleidgenossen verwenden. Das macht also im Durchschnitt noch nicht ganz 9 Pfennig täglich für das einzelne Glied der Familie! Die Fleischnot kann dieser Familie wohl nicht schaden, denn da kommt überhaupt kein Fleisch auf den Tisch. Nur nebenher wollen wir bemerken, daß Walter in diesem Haushaltsplan ebenfalls günstig steht.

Und bei solchen schauerlichen Zuständen plant man einen weiteren Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes! Wieder mit einem solchen System!

Im Zeichen der Fleischnot.

Der Arbeiterausschuß der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven hat für die Arbeiterchaft des genannten Betriebs eine Teuerungszulage beantragt. Wir sind gespannt, was dabei herauskommen wird.

Das Schweinegeschäft Bobbielskis.

Unter dieser Überschrift brachte die Rheinische Zeitung am 19. Dezember folgende, von der übrigen Arbeiterpresse anscheinend übersehene Notiz: „Landwirtschaftsminister von Bobbielski hat bei der Fleischnotinterpellation im Reichstag eine „Kochbuchrechnung“ aufgemacht, indem er folgendes zum besten gab: Ich schickte drei Schweine nach Berlin und mußte zahlen: für Standgeld (für eine Nacht) 1,50 Mk., für Futtergeld 3,30 Mk., Raffiergeld 6,30 Mk., für Futtermittel 60 Pf., für Treiben 30 Pf., Stroh 30 Pf. und für Versicherung 3 Mk. Das ist die reine Apothekerrechnung. Dem Kommissionsärz gab ich pro Stück 1 Mk., der Eisenbahntransport war billig, pro Stück 1,80 Mk. Schließlich also bekam ich von den 77 Mk., die der Marktpreis waren, nur 56 Mk. Ein Fleischmeister aus Zittau bemerkt nun dazu: Wenn man die Rechnungsaufstellung als Fachmann liest, so fällt sofort ein großer Irrtum auf, denn der Herr Minister hat alle geübten Speisen für drei Schweine von dem einen Zentner des Marktpreises von 77 Mk. beziehungsweise 79 Mk. abgerechnet. Da es sich aber hier um Schlachtschweine handelt, haben doch dieselben pro Stück ein Gewicht von zwei bis drei Zentner gehabt. Rechnet man nun, daß die drei Schweine rund acht Zentner schwer waren, so kommen kaum 3 Mk. Speise anstatt 23 Mk. auf den Zentner, und es sind demnach nur 3 Mk. von den erhaltenen 77 Mk. beziehungsweise 79 Mk. Marktpreis pro Zentner abzuziehen. Wie stimmt dann die Rechnung mit den erhaltenen 56 Mk. pro Zentner? Das es sich bei diesem Geschäft um Schlachtschweine gehandelt hat, beweist, daß die Tiere auf dem Berliner Viehhof und nicht auf dem Magerviehhof in Friedrichshagen geschickt worden waren. In Wirklichkeit hat danach der Minister pro Zentner 20 Mk. mehr bekommen, also für sieben bis acht Zentner etwa 150 Mk. mehr als er zahlt. Das ist für drei Schweine schon ein ganz gutes Geschäft. Wenn Herr von Bobbielski nicht einmal berechnen kann, wie viel er bei dem Verkauf von drei Schweinen aus seiner eigenen Zucht verdient, welchen Wert wird man dann den Zahlen beimessen müssen, die er über die Fleischnot in ganz Preußen aufgestellt hat?“

Das feine Ehrgefühl Arbeitswilliger.

Bei der Firma Graaf & Co. in Neuruppin streikten unlängst die Metallarbeiter, weil die Firma die vertragsmäßigen Vereinbarungen den Arbeitern gegenüber nicht einhielt. Wie vielfach in solchen Fällen, so fanden sich auch hier einige Arbeiter, die nicht mitstreikten. Einen dieser Arbeitswilligen hatte nun der Metallarbeiter A. gefragt, ob er denn nicht ebenfalls die Arbeit mit niederlegen wolle. Die Antwort war ein schroffes Nein. Hierauf versuchte A. dem Arbeitswilligen zuzureden, doch mißglückte, und machte ihn darauf aufmerksam, daß dieser vorher doch selber den Streik sehr befürwortet habe. Der Arbeitswillige aber meinte, er müsse arbeiten, schon seiner Familie wegen, und wenn A. in seiner Lage wäre, so würde er jedenfalls auch arbeiten. Entrüstet sagte A. darauf: Nein, er würde nicht arbeiten, wenn seine Kollegen in Streik ständen, lieber würde er sich einen Strick kaufen. Durch diese Äußerung fühlte sich der Arbeitswillige in seinem Ehrgefühl tief verletzt; er stellte gegen A. Strafantrag wegen Beleidigung, die von der Anklagebehörde mit dem § 153 der Gewerbeordnung in Verbindung gebracht wurde. Das Schöffengericht zu Neuruppin verurteilte A. dem auch zu zwei Wochen Gefängnis. In der Begründung des Urteils wurde auf den „üblichen Terrorismus“ Streikender gegen Arbeitswillige Bezug genommen. — Rechtsanwalt Dr. Heinemann, als Verteidiger des Angeklagten, legte gegen das Urteil Berufung ein und wandte vor der Strafkammer zunächst ein, daß es sich hier gar nicht um einen Streik zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt habe, sondern darum, die Firma zur Einhaltung der gegenseitigen vertraglichen Vereinbarungen zu bewegen. Aus diesem Grunde könnte der § 153 auch nicht in Anwendung kommen. Eine Beleidigung des Arbeitswilligen liege aber ebenfalls nicht vor. Einmal habe der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. Dann aber auch habe er weiter nichts getan, als eine ihm zuerst zugefügte Beleidigung wieder zurückgewiesen. Denn darin, daß der Arbeitswillige dem Angeklagten insinuiert habe, daß dieser auch arbeiten würde, wenn er sich in seiner Lage befände, liege zweifellos eine Beleidigung des Angeklagten, auf die dieser nur eine drapische Antwort gegeben habe. Diesen Ausführungen schloß sich das Berufungsgericht vollinhaltlich an und erkannte auf Freisprechung.

Vom Ausland.

Österreich.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress, der am 8. und 9. Dezember in Wien abgehalten wurde, war von 298 Delegierten besucht, die 24488 Mitglieder vertreten. Der Kongress hat sich mit überwältigender Mehrheit, unter Ablehnung des Programms der Prager Gewerkschaftskommission auf Bildung „nationaler“ Gewerkschaften, für die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation entschieden. Für das Programm der Prager Kommission wurden 2364 Stimmen, dagegen 197202 Stimmen abgegeben. Der Abstimmung enthielten sich die Vertreter von 30686 Stimmen — es waren dies ausschließlich tschechische Delegierte — und abwesend waren die Vertreter von 9010 Stimmen. Schon der Referent Hueber-Wien war dem Prager Antrag entschieden entgegengegene und hatte unter anderem betont: Wenn dem Verlangen der Tschechen nachgegeben würde, nationale Gewerkschaftskommissionen zu bilden, denen alle Angehörigen der betreffenden Nationen unterstellt wären, dann würden beispielsweise die Arbeiter einer Fabrik, in der drei oder vier Nationen vertreten sind, auch drei oder vier verschiedenen Organisationen angehören. Was das für Folgen hätte, ist klar. Auf die Frage, daß die Tschechen vom Kongress in Linz über den zurückgewiesen wurden, antwortete Hueber mit dem Hinweis, die internationale Konferenz hat entschieden, daß es eine zweite Zentrale in einem Reiche nicht geben kann, und wenn die Lokalarbeitervereine in Berlin, die mehr als 20000 Mann stark sind, auch ihren Vertreter hingeschickt hätten, wäre der ebenso abgelehnt worden. Die tschechischen Delegierten wurden abgelehnt als Vertreter der Organisation, nicht als die einer Nation! Weitans die meisten Redner sprachen sich für die Erhaltung der bisherigen Reichszentralorganisation aus. Namens der Reichsgewerkschaftskommission richtete nach der Abstimmung Genosse Beer die Bitte an die Tschechen, nicht dem Empfinden Raum zu geben, daß sie als Besiegte von dem Kongress gehen. Der Kongress hätte nicht den Zweck, Sieger oder Besiegte zu schaffen. Die tschechischen Genossen könnten überzeugt sein, daß man ihren sprachlichen Bedürfnissen und jeder Richtung entgegenkommen werde. Der Redner begründete dann folgenden Antrag der Reichsgewerkschaftskommission zur Abänderung der Bestimmungen für die Gewerkschaftskommission Österreichs: Die Reichskommission der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Österreichs. Sie besteht aus 16 Mitgliedern (bisher 12), 6 Geschäftsmännern, 3 Kontrollleuten und 2 Geschäftsmännern. 12 Mitglieder müssen am Sitz der Reichskommission wohnen, 4 Mitglieder sind aus den bestehenden Landeskommissionen

für Böhmen, Mähren, Galizien und das Küstenland zu wählen.

Die auf dem Reichsgewerkschaftskongress gewählten und von den Landeskommissionen nominierten Kommissionsmitglieder sind nur dem Reichsgewerkschaftskongress verantwortlich.

Der Reichskommission in ihrer Gesamtheit steht besonders die Beratung und Beschlussfassung über Fragen der Sozialpolitik, der Zentralorganisation, großer Lohnbewegungen des In- und Auslandes und die Wahl von Vertretern zu internationalen Gewerkschaftskonferenzen zu.

Sie hält ihre Sitzungen je nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal im Jahre ab.

Die Beer ausführte, hoffe man durch diese Zusammensetzung der Kommission Reibungen zwischen den verschiedenen Nationen zu verhindern, indem hierdurch eine intime Verbindung zu diesen geschaffen werde. Der erweiterten Reichskommission werden insbesondere Angelegenheiten der Sozialpolitik, Zentralorganisation, großer Lohnbewegungen des In- und Auslandes und die Wahl von Vertretern zu internationalen Konferenzen u. s. w. zuzuführen. — Der Antrag fand einstimmige Annahme, worauf der Kongress geschlossen wurde.

Unser Bruderorgan, der Österreichische Metallarbeiter, ist von dem Verlauf des Kongresses hochbefriedigt und faßt sein Urteil über den Beschluss wie folgt zusammen:

Durch die Verwirklichung dieses Beschlusses wird ein noch innigeres Zusammenarbeiten und einträchtigeres Zusammenwirken aller Glieder der Gewerkschaftsbewegung im ganzen Lande herbeigeführt werden. Der Gewerkschaftskongress hat gute Arbeit getan und wenn erst die augenblickliche Erregung vorüber sein wird, werden hoffentlich auch die Genossen, die auf Seiten der Prager Kommission standen, erkennen, daß es gut war, mit einem energischen Schritte Gedankengänge zu befeitigen, deren Verwirklichung unmöglich sein wird, solange die österreichischen Gewerkschaften als eine Einheit dem einheitlichen Block des österreichischen Unternehmertums gegenüberstehen müssen. Es ist nun volle Klarheit geschaffen darüber, was die Massen der Gewerkschafter selbst für richtig und für möglich halten, und damit ist auch der Weg zur Beruhigung, der Weg zum Frieden gezeigt. Der Gewerkschaftskongress hat mit entschlossener Hand die Hindernisse für die Entwicklung der Organisation beseitigt und damit dem Proletariat aller Zungen einen ersten Dienst geleistet. Es gab weder Sieger noch Besiegte auf diesem Kongress. In aller Öffentlichkeit wurde die Streitfrage erörtert. Nun ist die Entscheidung gefallen. Einträchtiges Zusammenarbeiten der Arbeiter aller Zungen in einheitlichen Zentralorganisationen, das ist das Votum des Kongresses. Es wird überall ein freudiges Echo finden, wo Arbeiter in den Werkstätten und Fabriken in schwerer Fron schmachten.

Schweiz.

Wie ernst es die Unternehmer mit ihren Behauptungen selbst in geschiedenen Körperchaften nehmen, das zeigt der Winterthurer Nationalrat Sulzer-Ziegler in der Antwort, die er nunmehr wegen seiner verdächtigen Äußerungen im Nationalrat über den Schweizerischen Metallarbeiter-Verband an den Sekretär Schneeburger dieses Verbandes gegeben hat. Die Antwort lautet:

„Auf Ihre wiederholten Anfragen in der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung hiermit folgende Antwort: Sie haben den Reigen der Enthaltungen und Verdrehungen meines Votums vom 26. September im Nationalrat mit Ihrer bekannnten Propaganda eröffnet, wie ich allerdings vermute, auf Grund unrichtiger Berichterstattungen. Sie unterzogen mir schon damals, ich hätte behauptet, der Schweizerische Metallarbeiter-Verband habe die Ausschreitungen in Korbach planmäßig vorbereitet und auf Anregung von Berlin aus zu diesem Zwecke eine Hezerei ohne Gleichen eingeleitet, und widerholten seitdem diesen Sachverhalt. In meiner Antwort zu Ihrer Delle im Nationalrat machte ich lediglich auf die Unternehmung aufmerksam. Es sind darin zwei Dinge zusammengepackt, die ich in meinem Votum vollständig getrennt habe. Die Schuld an dem Korbacher Krawall schob ich auf die Hezereien der Organisierten, die mit Hochverrat sich dazu führen mußten. Von der Parole aus Berlin sprach ich aber in einem ganz anderen Zusammenhang und an einem ganz anderen Orte meines Votums, da nämlich, wo ich die seit dem Frühjahr in der Metallindustrie insgesamt betriebene Aktion des Metallarbeiter-Verbandes auseinandersetze. Trotzdem ich nun im Nationalrat die Erklärung abgab, der Beweis für meine Behauptungen werde in einer Kundgebung des Vereins schweizerischer Maschinenindustrialier erbracht werden, und zu erkennen gab, daß diese erst nach geraumer Zeit erscheinen werde, begannen die Zusatzen nach den Weisungen in der sozialistischen Presse, inklusive Ihrem Blatte, sofort und wurden regelmäßig wiederholt, und zwar in einer Art und Weise, die ich nicht als diejenige ernsthafter Leute bezeichnen kann. Ich fand mich deshalb nicht veranlaßt, darauf nochmals zu antworten. Die Antwort ist auch heute die schon am 27. September von mir erteilte. Auch heute werden Sie sich wohl oder übel noch etwas gedulden müssen. Die Darstellung des Vereines schweizerischer Maschinenindustrialier wird aber für Sie immer noch früh genug kommen.“

Der Herr Nationalrat sitzt also in der Klemme. Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung fertigt den Herrn auch gebührend ab, indem sie schreibt:

„Über ist da eine Antwort? Kann man da mit Heine fragen. Das ist einfach von neuem auszuweichen. Der Herr Nationalrat hatte doch die Beweise schon am 26. September, vielleicht schon lange vorher in Händen und er will sie absolut nicht herausgeben. Unseres Wissens hat er auch nicht verlangt, vom Untersuchungsrichter in Korbach vernommen zu werden, und doch kennt er die Umstände, die Angeklagten haben keine Abkürzung sogar verlangt. Dort hätte er doch Gelegenheit, als Kronzeuge aufzutreten, die unschuldig Angeklagten und seit dem Vorfall Inhaftierten zu entlasten, die wahren Schuldigen zu nennen. Aber... Auch nach seiner eigenen Auslegung der Behauptungen im Nationalrat bleibt Herr Sulzer-Ziegler mehr zu beweisen übrig als er beweisen kann. Er muß beweisen, daß die „Organisierten“ gehet haben und daß diese Hezereien den Krawall in Korbach zur Folge haben mußten und daß die Parole zu der vom Metallarbeiter-Verband betriebenen Aktion: von Berlin kam. Hezerei und Aktion des Metallarbeiter-Verbandes in der ganzen Metallindustrie würde der Herr Nationalrat unter anderen Umständen als das gleiche betrachten, nun soll es hier aus einandergehalten werden. Glaubt er so besser wegzukommen? Die in Aussicht gestellte Kundgebung des Schweizerischen Maschinenindustrialien-Verbandes wird hoffentlich nicht wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinen, wie die schwarzen Listen und ähnliche Hezereien gegen die organisierten Metallarbeiter. Wir warten also noch immer auf Ihre Beweise, Herr Nationalrat, und wir werden die Aufforderung, dieselben der Öffentlichkeit zu übergeben, noch lange wiederholen. Es sollen aber diesmal Beweise sein und keine leeren Behauptungen. Beweisen Sie also Ihre Behauptungen, und zwar in einer Art und Weise, die man als diejenige ernsthafter Leute bezeichnen kann.“

Am 1. Januar 1906 tritt das schweizerische Bundesgesetz in Kraft, wonach in den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben am Samstag und an den Vorbereitenden gesetzlichen Feiertagen nur 9 Stunden (mit Einschluß der Reinigungsarbeiten) und keinesfalls länger als bis abends 6 Uhr gearbeitet werden darf.

Norwegen.

Christiania, 14. Dezember. Auf die Aufforderung von einigen deutschen Kollegen, die bei Herrn E. Foleysky (Kristinia Kaustog metaleideri = Kunst- und Metallgeschäft) jurist als Former angeheft sind, teilen wir folgendes mit: Benannte Firma amonciert sehr oft in deutschen Zeitungen nach Arbeitern auf angeblich sehr gute Bedingungen: hohen Stundenlohn u. s. w. Die Kollegen, die auf solche Amouciere hin hergekommen sind, haben aber so schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie den deutschen Kollegen den Rat geben, auf die Anträge dieser Firma nicht zu reflektieren. Der vereinbarte Lohn wird sehr bald herabgesetzt und zur Arbeit wird förmlich angetrieben. Besonders die deutschen Kollegen arbeiten nie schnell

genug, weil sie den norwegischen Kollegen als Muster dienen sollen. Das ist aber nicht nötig, weil die Norweger ohnehin sehr fleißig arbeiten. Sehr oft werden norwegische Kollegen entlassen und durch deutsche ersetzt. Nachher werden die Deutschen wieder entlassen, um von anderen Kollegen, die billiger arbeiten, ersetzt zu werden.

England.

Wahrscheinlich finden Ende Januar schon die Neuwahlen zum englischen Unterhaus statt, bei denen die Arbeiter in viel größerem Umfang als früher selbständig vorgehen werden. Das parlamentarische Komitee des Trade-Unionskongresses hat bereits folgendes Wahlmanifest erlassen:

„Gewerkschaftskollegen! In den letzten zehn Jahren hat das Eigentumsmonopol ungehört geherrscht. Die Regierung, die auf Grund ihres Verprechens, Alterspensionen zu gewähren, bei den Wahlen siegt hat, tat alles, um das Volk zugunsten der reichen Mäßigangänger auszuwahren.“

Nichtskostose Abenteuer nach außen, massenhafte Vererbung im Innern, dies ist die Bilanz der Regierung. Durch kein gemeinsames Prinzip verbunden, ohne Ehrlichkeit und ohne politischen Gemeininn, aber voller Mißtrauen gegen das Volk, klammerten sich die Minister an ihre Posten, solange sie noch irgend einen Stützpunkt finden konnten.

Zeit ist die Zeit der Wahlen für ein neues Parlament gekommen. Bis jetzt haben die Arbeiter einen sehr ungleichen Kampf im Parlament geführt, da die Mehrheit des Unterhauses ganz aus Seiten des Kapitals stand.

Ihr seid die Reichthumszeuger des Landes, und da ihr das Wahlrecht besitzt, so sollt ihr es in eurem eigenen Interesse gebrauchen. Die Unternehmer handeln immer so, dann benutzen sie noch ihren ganzen Einfluß, um die Arbeiterreihen zu teilen und euch zu überreden, für sie zu stimmen.

Der Trade-Unionskongress hat in jedem Jahre Resolutionen angenommen, die nur dann Befolgung erlangen können, wenn eine starke Arbeiterpartei im Parlament vorhanden ist. Der Kongress hat ferner verlangt, daß die Gewerkschaftslisten sichergestellt werden und das Gewerkschaftsrecht so gestaltet wird, wie es vor dem Laff-Sale-Entscheid war.

Wir ersuchen euch, nur für solche Kandidaten zu stimmen, die für folgende Grundsätze und Maßnahmen einzutreten sich verpflichten:

- 1. Die Grundsätze, die in der neuen Gewerkschaftsvorlage niedergelegt sind; 2. die Verbesserung des Unfallgesetzes; 3. Verbesserung des Truck-Gesetzes, so daß Arbeitlose, die bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden, Gewerkschaftsöhne erhalten; 4. die Abschaffung der chinesischen Arbeitskontrakte in Südafrika; 5. die Gewährung von Alterspensionen an Arbeiter im Alter von 60 Jahren; 6. die Erweiterung der Behauptungsgesetze; 7. Übernahme der Wahlkosten durch den Staat; 8. allgemeines Wahlrecht (Frauen eingeschlossen); 9. Die Einführung des Achtstundentags.

Zeit ist die Gelegenheit da, für diese Reformen zu wirken. Stimmt für keinen Kandidaten, der dem gewerkschaftlichen Programm nicht zustimmt. Stimmt für Arbeiterkandidaten und andere Kandidaten, die sich bereit erklären, gegen Schutzpoliz zu wirken, für eine Schulreform und für das Gewerkschaftsprogramm zu stimmen.

In allen Kreisen aber, wo ein Arbeiterkandidat aufgestellt ist, da sollen die Gewerkschafter einheitlich für ihn stimmen, ganz gleich, welcher politischen Schule er angehört. Zeigt eurem Gegner, daß ihr Männer seid, die fähig sind, ihre Pflicht zu tun.“

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 5. 29 Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro November 1905.

Einnahmen:

- Kassenbestand vom Oktober Mt. 1697745,88. Von: Lachen 150. Albenrade 350. Alfeld 100. Alt-Burck 37. Altendorf 200. Altendorf II 200. Altendorfer-Müdenbach 50. Altendorf-Neudorf 150. Altendorf 150. Alttötting 50. Altwasser 75. Althaus 100. Amundorf-Adewell 100. Amweiler 100. Aschersleben 100. Attendorf 150. Augsburg 400. Baden-Baden 200. Baumhalsenweg 100. Bayenthal 150. Bayreuth 100. Bergen i. B. 100. Bergschneien 75. Berlin I 250. Berlin II 1000. Berlin III 1400. Berlin V 620. Berlin VI 600. Berlin VII 900. Berlin IX 800. Berrich 50. Bettingen 50. Bettenhausen 50. Bettingen 200. Bieber 200. Bielefeld 500. Bilschlagheim 100. Bodemühle 50. Böblingen 100. Böhle 100. Borsigwalde 172. Brachweide 100. Breslau 600. Bruchsal 100. Büdelstorf 100. Buchschloßheim 200. Burgau 190. Burebach-Markstall 100. Burg b. Magdeburg 60. Camphat 200. Chemnitz 200. Cöln-Nord 300. Cöln-Süd 200. Cöpenitz 200. Cöhrne 100. Conweiler 20. Coswig 300. Dahl a. d. B. 150. Darnstadt 200. Derendorf 500. Deuben 200. Diemitz 100. Diesdorf 50. Dietrichsdorf 400. Dingelstädt 80,40. Dittelsbühl 80. Döhlen 500. Döhlen 150. Dops 100. Dresden-Neustadt 200. Dresden-Neustadt 200. Dresden-Raußig 200. Dresden-Übigau 100. Duisburg 300. Dülten 100,38. Düren 115. Düren 50. Dülstedorf 300. Düßeldorf-Zweiffen 100. Eilmpten 50. Eberswalde 60. Ederleben 100. Edighem 100. Edingen 150. Elpe 400. Eisenach 300. Eberfeld 300. Eiberbach 200. Ende 40. Entingen 150. Eufheim 100. Eppenhäusen 150. Erfurt 180. Erlangen 90. Esjen 200. Espinggen 400. Ettlingen 50. Eutingen 100. Faumbach 100. Feuerbach 300. Forchheim 100. Frankenberg 69,95. Frankenthal 500. Freiberg 100. Freiberg 100. Freudenberg 20. Friedrichsdorf 100. Friedrichsdorf 300. Friedrichsdorf-Magdeburg 100. Frohnhäusen 250. Fürstenaube 200. Fürth 300. Furtwangen 70. Gauden 500. Gaggau 300. Gassen-Sommerfeld 100. Geestemünde 100. Geilenberg 75. Geisingen 100. Geithain 40. Gelsenkirchen 200. Gera 80. Gera-Mühl 100. Gevelsberg 100. Giebichenstein 400. Ginnheim 70. Glösa 100. Gmünd-Schwabisch 150. Godesberg 50. Gorbitz 150. Gorbis 180. Göttingen 250. Görlich 200. Grimma 70. Groß-Königsdorf 80. Groß-Ottersleben 150. Grünberg 50. Grunwetterbach 100. Gütten 50. Gummersbach 100. Guggen 300. Hagelsfeld 100. Halberstadt 200. Hall-Schwabisch 20. Halle a. S. 800. Hamburg i. Stadt 100. Hamburg St. Georg 100. Hamburg-Gimsbüttel 150. Hammer i. B. 75. Hannover 400. Harburg 400. Hattingen 50. Heerdt 100. Heidingersfeld 150. Heilbronn 100. Heimer 150. Henne 70. Herford 50. Herzfeld 100. Heßheim 50. Henmar-Rath 100. Hildesheim 100. Hof 20. Hörbe 150. Himmendingen 130. Himmigrauth 200. Ingolstadt 190. Jferlohn 250. Kall 400. Kappel 250. Karlsruhe 500. Kassel 120. Kempton 100. Klein-Ottersleben 60. Königsberg i. Pr. 200. Königshofen 100. Körtingsdorf 200. Kornwestheim 150. Konstanz 100. Kottheim 100. Kraß 30. Kronenburg-Strasburg 80. Kumbach 100. Lahr i. B. 100. Lauscha 60. Leipzig 380. Leutkirch 100. Leuzlich 150. Lötzbach 50. Siegnitz 100. Limbach 100. Limburg 100. Simmer 300. Simsen 300. Södra 90. Strach 50. Sülbar 170. Talschütz 150. Tottentzen 50. Ludwigsbader 200. Magdeburg 400. Mainbernheim 30. Markt 100. Mannheim-Lindenhof 200. Mannheim-Neckarvorstadt 400. Mannheim-Schwefelbergvorstadt 400. Margetschloßheim 100. Meerane 75. Meißner 150. Meißner 150. Meißner 22,93. Meißner 50. Meitmann 50. Mittweida 100. Mörz, b. J. 100. Montargny 26,29. Moorlauren 40. Mügeln 300. Mühlhausen i. Thür. 300. Mühlhausen 31. Mühlheim a. Rh. 300. Mühlheim a. b. Ruhr 150. Mümmeling-Grumbach 64,31. München 1400. Müschen-Gladbach 125. Münster in Westfalen 80. Neckarau 800. Neckar 50. Neu-Sachsenburg 140. Neustadt a. S. 100. Neue-Neustadt-Magdeburg 150. Neuf 200. Niederhermsdorf 150. Nieder-Ingelheim 50. Nieder-Schöndeweide 150. Nierstein 150. Nibingen 100. Nippes 100. Nordhausen 80. Nossen 190. Nürnberg 1200. Oberpötern 60. Oberstein 69,20. Oberthausen 200. Oeshausen 100. Oerzen 50. Offenbach a. M. 200. Offenburg 100. Ostersheim 50. Ohle 75. Oßersleben 70. Osnabrück 400. Osterholz-Scharnebeck 140. Owen 70,63. Pasing 100. Pforzheim 800. Pfalzingen 50. Pirna 120. Plagwitz 500. Plauen i. Vogtland 50. Quedlinburg 200. Rabenau 200. Randersacker 100. Raßlau 300. Raasdorf 40. Raugel 40. Regensburg 350. Reichenbach 45

